

# Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 51.

Berlin, 21. Dezember 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 601: Der Streit um die Verfassung. — S. 602: Polen, Frankreich und Deutschland. — S. 603: Drei Monate polnische Arbeit in Deutschland. — S. 604: Die Bevölkerungsentwicklung Ostpremiens. — Die Welt der Wissenschaften. — S. 605: Die Rolle der amerikanischen Literatur. — S. 606: Die Welser Landwirte. — Die Bevölkerungsentwicklung Ostpremiens. — Die Welt der Wissenschaften. — S. 607: Schland-Städte. — S. 608: Das Ostmarkauer Staatsleben. — S. 609: Eine literarische Geste. — Deutsche Volkstanz in Ostpreußen. — Die Kautzner sind beilege. — S. 610: Der polnische Staat. — S. 611: Der bayerische Grenzschutz. — S. 612: Bücher.

## Der Streit um die Verfassung.

Die polnische Regierung legt Wert darauf, daß der Verfassungsentwurf, der im Januar d. J. im Sejm angenommen wurde, jetzt endlich ordnungsgemäß verabschiedet wird. Am 11. Dezember wurde der Entwurf dem Senat vorgelegt. Wie schon vorher bekannt war, hatte die Regierungspartei gewisse Abänderungen der von ihr selbst im Sejm schon bestätigten Verfassungsentwurf beschlossen, nachdem Marschall Piłsudski sich mit verschiedenen Bestimmungen nicht einverstanden erklärt hatte. Ob die Verfassungsmacher diesmal die Absicht des ihmzeitigen Marschalls richtig erraten haben, steht noch nicht fest. Sie scheinen sich ihrer Sache nicht ganz sicher zu sein. Die theoretischen Ausführungen des Referenten der Verfassungskommission des Senates, des Grafen Włodzisław Koźmowski, ließen noch keine völlige Klarheit erkennen. Seine Stellungnahme, daß sich einerseits die Grundzüge des liberalen Staates nicht mehr zu erhalten, daß sich andererseits aber auch die Vorbilder der autoritären Staatsführung, wie sie in einigen Ländern vorhanden sind, auf Polen nicht anwenden ließen, ist nicht mehr neu. Welche Verfassungsform aber nun eigentlich und endgültig der polnische Staat entspricht, darüber haben auch seine Ausführungen keinen Aufschluß gegeben.

Die wichtigsten Änderungen betreffen die Zusammensetzung des Senates, der nach dem Entwurf die maßgebende gesetzgebende Körperschaft Polens sein soll. Der Artikel 36 des Entwurfes hatte folgenden Wortlaut: „Das Recht zur Wahl in den Senat haben die Bürger, die nach dem Gesetz als führend bei der Arbeit für das Gemeinwohl anerkannt werden. Das Recht zur Wahl in den ersten Senat nach Inkrafttreten der Verfassung steht den Bürgern zu, die mit dem Orden Virtuti Militari oder mit dem Unabhängigkeitskreuz ausgezeichnet sind. Das Recht zur Verkündung eines Senatorenmandates steht den Bürgern zu, die das passive Wahlrecht zum Sejm besitzen. Der Titel eines Senators ist lebenslanglich. Ein Senator kann erneut zur Ausübung seines Mandates berufen werden. Die Mandate der Senatoren erlöschen mit dem Tode der Berufung ihrer Nachfolger.“

Dieser Artikel ist nun gestrichen worden. Man hat den Grundgedanken der „Elite“ in dieser Form fallen lassen, ohne jedoch den Gedanken, daß sich die maßgebende Körperschaft aus „besonders verdienstvollen Männern“ zusammensetzen soll, völlig aufzugeben. Im Gegenteil, der Artikel 7 des Entwurfes bleibt unangetastet erhalten; dessen erster Satz aber lautet: „Der Wert der Anstrengungen und der Verdienste des Bürgers um das allgemeine Wohl bestimmt seine Berechtigung, die öffentlichen Angelegenheiten zu beeinflussen.“ Dieser Satz wird weiterhin maßgebend für die Zusammenfassung des Senates bleiben. Dessen Zusammensetzung wird jedoch nicht mehr im einzelnen durch die Verfassung fest, sondern in einem einfachen Gesetz geregelt: „Die Wahlordnung in den Senat wird die Zahl der Senatoren sowie den Modus ihrer Berufung und gleichfalls die Kategorie der Personen bestimmen, denen das Recht der Wahl und des Senatorenmandats zuteil wird.“ Der Gedanke der „Elite“ bleibt also bestehen. Nur wird der Kreis der Personen, der das aktive und passive Wahlrecht für den Senat haben soll, vielleicht anders umrissen werden, als es in dem Artikel 7 der Chosen der Fall war. Erhalten bleibt die Bestimmung, daß die Senatoren zu einem Drittel vom Präsidium der Republik berufen und zu zwei Dritteln gewählt werden sollen.

Für die polnischen Staatsbürger nichtpolnischen Volkstums ist die Abänderung des Artikel 27 von besonderer Bedeutung. Wesen

erster Absatz lautete in den Verfassungstheßen: „Der Sejm setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die in allgemeiner, geheimer, gleicher, direkter und Verhältniswahl gewählt werden.“ Der Grundsatz der Verhältniswahl ist jetzt gestrichen worden. Das ist eine Änderung, durch die die verfassungsmäßige Stellung der nichtpolnischen Volksguppen Polens direkt berührt wird.

Wenn die Deutschen im polnischen Sejm mit 5 und im Senat mit 3 Sitzen vertreten sind, so haben sie das ausschließlich dem nach der alten Verfassung geltenden Proportionalwahlrecht zu danken, durch das in den einzelnen Wahlbezirken die einzelnen Parteien an der Verteilung der Abgeordnetenmandate im Verhältnis ihrer Stimmzahl beteiligt werden. Wenn die neue Verfassung in Kraft tritt, wird das Deutschstum in Polen parlamentarisch überhaupt nicht mehr vertreten sein. Auch die Juden werden dann als selbständige politische Gruppe aus den Parlamenten verschwinden. Ihren Einfluß auf das öffentliche Leben werden sie durch den Verlust ihrer Sejm- und Senatsabgeordneten, die auf jüdischen Listen gewählt worden sind, allerdings nicht verlieren. Denn der Einfluß, den sie besitzen, beruht nicht auf ihren Parteien, sondern ist von demjenigen ihrer Leute abhängig, die sich im Regierungslager selber festgesetzt haben. An sich müßte man annehmen, daß mit dem Verfall des Proportionalwahlrechts (man soll jeweils diejenige politische Gruppe, die in einem Wahlbezirk die Mehrheit der Stimmen gewinnt, alle auf diesen Bezirk entfallenden Abgeordnetenplätze erhält) von den meisten ostpolnischen Wahlbezirken ausschließlich ukrainische und weißrussische Abgeordnete ins Parlament gewählt werden, da dort das Polentum nur eine Minderheit und sehr häufig nur eine sehr schwache Minderheit der Bevölkerung bildet. Wie es sich aber mit den Juden in Ostpolen tatsächlich verhält, das haben erst wieder die letzten Gemeindevahlen bewiesen, bei denen j. B. in Wolhynien und Polisien, wo die Nichtpolen etwa vier Fünftel der Bevölkerung ausmachen, kein einziger Nichtpoler in die Gemeinderäte gewählt worden ist. Für dieses Ergebnis ist nicht etwa die „polnische“ Gewöhnung der Ukrainer, Litauer und Weißrussen, sondern die oft bewährte Wahlmethode der Bolschewiken Restek-Biernacki und Jozefski ausschlaggebend gewesen. In Polen machen die Angehörigen nichtpolnischen Volkstums weit über 50 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Fast man dieses Verhältnis zugrunde, dann müßten im jetzigen Sejm etwa 150 nichtpolnische Abgeordnete sitzen, dann müßte es heute j. B. vier nichtpolnische Minister in der Regierung und acht nichtpolnische Unterstaatssekretäre in den Ministerien geben. Tatsächlich aber sind die Nichtpolen im gegenwärtigen Sejm nur durch 52 Abgeordnete (= 7 v. H.) vertreten; und tatsächlich gibt es keinen Minister, keinen Unterstaatssekretär, überhaupt keinen einzigen höheren Beamten, der nicht Pole ist — wenn man von den Juden in den höchsten Beamtenstellungen abliest, die sich als Polen ausgeben. Der Versuch ist jetzt mit der Verfassungsreform das Proportionalwahlrecht, dann ist bei künftigen Neuwahlen mit einem nahezu völligen Verschwinden aller nichtpolnischen Abgeordneten aus den beiden gesetzgebenden Körperschaften zu rechnen. Damit wird dann in der politischen Führung eines Staates, der ein Drittel oder mehr nationale Minderheiten aufweist, das Prinzip des Rationalitätsrates auf die Spitze getrieben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Forderung, die der ukrainische Senator Horbaczewski in der Aussprache vor dem

Verfassungsausstoß des Senates erhob. Er verlangte, daß in die Verfassung Bestimmungen aufgenommen werden, die den Objekten des polnischen Staates die territoriale Autonomie mit eigenem Landtag, eigener Regierung und Verwaltung, eigenem Gerichts- und Schulwesen und einer territorialen Verwaltungsmacht zuerkennen. Diese Forderung, die wohl keine Aussicht auf Erfüllung haben dürfte, mußte auf die Umgestaltung des polnischen Staates in einen nach nationalen Gesichtspunkten gegliederten Föderalstaat hinwirken. Er läuft damit den Verfassungsentwurf vorberichtigend dem Gedanken einer strengen Zentralisierung entgegen.

Am stärksten ist in der Aussprache von der Opposition die Konzentration der gesamten Staatsgewalt in der Person des Staatspräsidenten angelehnt worden. Die Bestimmungen über die Wahl und die Rechte des Präsidenten sind im wesentlichen unverändert bestehen geblieben. Eine aus 80 Personen bestehende Wählerversammlung wählt den Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten. Vor der bisherigen Staatspräsident mit diesem Kandidaten einsetzenden. So gilt wieder als gewählt. Wenn der Staatspräsident einen anderen Kandidaten als die Wählerversammlung, so wird müssen den beiden Vorgelegungen in allgemeiner Volksabstimmung einstehen. Die ernannte Wählerversammlung legt sich wie folgt zusammen: Senatsmarschall (als Vorsitzender), Sejmarschall (als stellv. Vorsitzender), Präsident des Ministerrates, Präsident des Obersten Gerichtshofes, Generalinspekteur der Armee, sowie 75 weitere Elektoren, die aus der Zahl der würdigsten Bürger (also wieder aus der „Elite“) zu zwei Dritteln vom Sejm und zu einem Drittel vom Senat gewählt werden.

Daß sich die Oppositionsgruppen gegen den Gedanken der „Elite“

und der autoritären Staatsführung, wie er in den Bestimmungen des Verfassungsentwurfes über Wahl und Rechte des Senates und des Staatspräsidenten festgelegt ist, zur Wehr setzen, ist nicht verwunderlich. Denn wenn die Verfassung in dieser Form zur Annahme gelangt, dann dürfte es auch mit den letzten kümmerlichen Scheinrechten, die die Opposition heute noch besitzt, endgültig vorbei sein. Die „Gazeta Polska“ hat im wesentlichen recht, wenn sie schreibt, daß die politische Umgestaltung in Polen nicht durch die Verfassung, sondern schon durch den Malapetus von 1926 herbeigeführt worden ist. Tragisch aber ist es, daß es auch recht hat, wenn sie sagt, daß durch die Verfassung jetzt der damals geschaffene Zustand nur noch formal festgelegt werde. Das politische Leben in Polen hat sich seit 1926 nicht in einem stabilen Zustande, sondern in einer dauernden Umbildung befunden, einer Umbildung, die auch heute noch nicht beendet sein dürfte. Gerade darauf, daß in der politischen Praxis noch keine feste Form gefunden worden ist, sondern sich alles noch in der Entwicklung befindet, ergibt sich für den Regierungsblock ja die Schwierigkeit, sich für eine bestimmte Verfassungsform, durch die ein Zustand festgelegt werden soll, zu entscheiden. Das Gefühl in der staatspolitischen Entwicklung zu haben, der Rubrikpunkt erreicht zu haben, hat die Regierungspartei ja bisher in der Verfassungsfrage stets so unsicher und unentschlossen gemacht. Die großen Praktiker des Augenblickes, als die sich die Männer der 1. Brigade in der Wirtschaft wie in der Politik immer bewiesen haben, sind dort, wo es sich um die Stabilisierung einer Form handelt, stets merkwaardig zögernd und zurückhaltend gewesen. Diese Unentschlossenheit ist auch jetzt, wo mit dem jahrelangen Exorzieren um die Verfassungsreform endlich Schlach gemacht werden soll, noch nicht verschwunden.

## Polen, Frankreich und Deutschland.

Im Krakauer „Justkrowany Kurjer Codzienny“ wurden bemerkenswerte Äußerungen des Fürsten Janusz Radzimir über die Beziehungen Polens zu Deutschland und Frankreich veröffentlicht. Radzimir ist der Vorsitzende der Außenkommission des Sejm; sein Wort besitzt also eine gewisse Bedeutung. Der wesentliche Inhalt ist — in kurzen Formeln zusammengefaßt — folgender: 1. Polen will bei der Regelung von Fragen, an denen es interessiert ist, nicht übergeben werden; 2. der deutsch-polnische Pakt ist in keiner Weise den polnisch-französischen Bindnis; 3. Polen hat Deutschland kein politisches oder gesamtstaatliches gemacht, sondern lediglich seine Beziehungen zu ihm normalisiert; 4. Polen ist wachsam gegenüber seinem westlichen Nachbarn; 5. Frankreich muß sich wirtschaftlich und politisch der neuen Position Polens anpassen. Abschließend ist der Artikel Radzimirs im Auszug wiedergegeben.

„Die polnische Volksgemeinschaft will nicht in den Strudel von Problemen hineingezogen werden, die ihre direkten Interessen nicht berühren. Dies betrifft z. B. die Donau- oder die Balkanfrage. Es gibt aber Angelegenheiten, welche die polnische Volksgemeinschaft und Polen direkt angehen, und wir können durchaus nicht zulassen, daß sie ohne unsere Teilnahme erledigt werden. Hierzu gehört der ganze Komplex der Ostprobleme, also das baltische Problem, die russische Frage und die deutsche Frage. Polen kann nicht dulden, daß man die vorbereitenden Pakt unterzeichnet, zu dem es erst nach der Vorbereitung des Konzeptes eingeladen wird, liberties ist das heutige Polen ein so wichtiger Faktor in Europa, daß sich solche Angelegenheiten ohne seine Teilnahme in einer dauernden und dem europäischen Frieden dienenden Art nicht erledigen lassen. Leider ist dies vorgekommen, und der polnische Außenminister war daher gezwungen, eine Menge Vorbehalte zu machen. Es dürfte keinen Polen geben, der diesen Standpunkt als den einzigen richtigen nicht anerkennen würde.“

„Wir haben ein polnisch-französisches Bindnis, das wir als Grundlage unserer Politik betrachten wollen. Wir haben ferner ein polnisch-russisches und ein polnisch-deutsches Abkommen, die wichtige Elemente des Friedens werden darstellen. Ein Frankreich ist man der Meinung, daß das polnisch-deutsche Abkommen einen Sieg gegen die polnisch-französischen Freundschaft darstellt. Nichts ist irriger als das. Man muß sich eines vor Augen halten: Als Polen kein Abkommen mit Deutschland hatte, machte man ihm in Paris den Vorwurf, daß seine schlechten Beziehungen zu Deutschland das mit Polen verbundene Frankreich in gefährliche Komplikationen, die in einen bewaffneten Konflikt verwickeln könnten, und wir wissen schon aus zahlreichen französischen Stimmen, daß der französische Durchsichtsbürger diese Komplikationen befürchtete. Jetzt haben sich die Stimmungen geändert. Es ist gerade für mich unverständlich, daß sich die Stimmungen in Frankreich so diametral geändert haben, und daß man mit einem Male Polen der Untreue aus dem Grunde beschuldigt, daß es seine Beziehungen zu Deutschland normal gestaltet hat. Und doch sollte schließlich, zum französischen Gesichtspunkt aus betrachtet, der deutsch-polnische Gewaltverzichtspakt für Frankreich eine politische Entlastung bedeuten.“

„Es gibt Politiker, die den Standpunkt vertreten, daß die einseitige Haltung gegenüber Deutschland das deutsche Verhalten zu freier Entscheidung ist. Dies ist eine einseitige Politik. Ich halte den Versuch, den Polen mit Deutschland gemacht hat, für richtig. Wir haben den Weg beschritten, eine Reihe

von aktuellen Problemen zu lösen, also die wirtschaftlichen Beziehungen normal zu gestalten. Ein sich hinziehender Wirtschaftskrieg war für längerer Dauer für beide Partner sehr schmerzhaft. Es gibt Momente, da man sich überlegen muß, wozu im Ergebnis ein jeder Krieg und ein Wirtschaftskrieg im besonderen führen kann. Trotz des traktatlosen Zustandes haben unsere Umsätze mit Deutschland notwithstanding sehr erheblich. Es lag also im gemeinsamen Interesse, zu normaleren Beziehungen zu gelangen. Sie geruben darauf, daß man nicht von Differenzen spricht, die Polen und Deutschland trennen, sondern von dem gemeinsamen, menschlichen, einfachen Interesse des Zusammenlebens.“

„Politische Konzeptionen Deutschland gegenüber hat Polen nicht zu machen. An Frankreich erzählt man sich u. a., daß Polen und Deutschland die Einflusssphäre auf gewisse Staaten geteilt hätten. Dies ist nur eine Phantasie. Das ganze Abkommen mit Deutschland beruht darauf, daß wir uns an einem Tisch setzen um über Dinge zu sprechen, die das Leben berührt. Das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen hat die Beziehungen zwischen dem Reich und Polen normal gestaltet, und man darf sich darin nichts Böses vorstellen. Wenn man von den agrarischen Beziehungen zu Rheinland absehen kann, so können wir ihn auch mit Deutschland abschließen. Die polnische Politik bemüht sich, einen modus vivendi mit allen Nachbarn zu finden und hat das Bewußtsein, daß sie in ihrem Bereich zugunsten des allgemeinen europäischen Friedens handelt, von dem man so viel spricht, aber für den man so wenig Politios tut. Dort, wo man auf Tausenden von Kilometern eine gemeinsame Grenze hat, muß man dafür Sorge tragen, daß diese Grenzen nicht leblos sind, man muß sie beleben.“

„Wenn gesagt wird, daß man auf diese Weise die Wachsamkeit der polnischen Meinung gegenüber dem Reich einschläfert, so ist das grundfalsch. Ich würde nur einzigartig in der Richtung auf die Unterstützung des Nichtangriffsabkommens mit Deutschland gedacht hätten, daß alle seit Jahrzehnten zwischen Polen und Deutschland bestehenden Streitfragen für ein allemal gelöst werden. Aber dem ist nicht so, weder im Bewußtsein der polnischen noch der deutschen Meinung.“

„Wenn sich die polnisch-französischen Beziehungen ein für allemal normal gestalten sollten, so ist es nötig, die heiklen Momente zu beseitigen, die sich daraus ergeben, daß man in Frankreich nicht begriff, was Polen ist. In den Wirtschaftsbeziehungen können es die Polen nicht als normal ansehen, wenn sich die französische Meinung einbildet, daß Frankreich in Polen ungeheure Kapitalien zu fatalen Bedingungen angelegt habe. Dies ist nicht normal, denn diese Meinung ist unnoch. Wer ist es, der sagt, daß die französische Kapitalien gibt, die den Standpunkt vertreten, daß die einzige Methode der Zusammenarbeit mit Polen seine Ausbeutung, die Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten, seiner Arbeitskräfte und seiner Märkte sein müßte. Das beste Mittel gegen Verdächtigungen in den politischen Beziehungen ist die Wahrheit. Polen ist in seinen Gesprächen mit Deutschland nicht einen Schritt weiter gegangen, als dies das Bündnis mit Frankreich gestattete. In Frankreich soll man wissen, daß die polnische Politik eine langfristige Politik ist, daß man die polnische Politik nicht nach einer Episode ohne Beurteilung des Gesamtkomplexes beurteilen darf. Heute blinkt die französische und die europäische Meinung anders auf Polen als früher. Es hat sich viel geändert, und zwar zugunsten Polens.“

## Zwei Monate polnische Arbeit in Deutschland.

In der polnischen Presse wollen die zu einer „lieben Wohnheim“ gemordeten Klagen über die angebliche Bedrückung der Polen in Deutschland auch heute noch nicht verstummen. Mit Vorliebe werden dabei „linnowolle“ Vergleiche zwischen der Volksgruppenpolitik in Deutschland und in Polen gezogen. „Ama so, wie es vor einiger Zeit wieder einmal im „Kurier“ Popsynski geschrieben ist, mo es u. a. hieß: „Schmerzlich berührt und gedemütigt fühle ich sehr, da die Lage der Polen in Deutschland verglichen werden kann mit der Lage der Polen in Deutschland verglichen. Erfreuen sich doch die Deutschen bei uns aller Freiheiten. Sie haben Hunderte polnische Schulen. Ihnen steht es frei, Versammlungen abzuhalten und sich auf jedem Gebiete zu organisieren. Davon kann man bei den Polen in Deutschland nicht reden. Sie werden von der deutschen Volksgelehrtheit schikaniert und terrorisiert und haben überdies den deutschen Staat gegen sich. Sie haben eigentlich niemand, der sich für ihre Rechte einsetzt wie dort...“

Es ist wohl am besten, gegenüber diesen lächerlichen Verdächtigungen Sachliches zu sprechen zu lassen. Deshalb seien im folgenden einmal einige Beispiele dafür zusammengestellt, aus denen sehr eindeutig hervorgeht, daß sich die polnischen Volksglieder in Deutschland unbehindert Entfaltungsmöglichkeiten erfreuen und sich dieser Möglichkeiten auch reichlich bedienen. Die angeführten Beispiele stammen aus der Zeit von Ende September bis Ende November d. J. Sie bilden aus dem tatsächlichen Geschehen nur einen geringen Auschnitt.

„Vielemal Klingelübungen haben nicht recht, die unter unserer Volksgemeinschaft der „Dziennik“ verbreiten und sie sagen, daß wir zu „Arbeit gehen“, wobei die „Königin Cobyenne“ in einem Briefe über ein mit einer Gürtelretentionstellung verbundenen polnischen Entschloß, das im September in Ratibor stattfand.

Am 25. September d. J. tritt daselbe Blatt mit, daß in letzter Zeit in Deutschoberschlesien mehrere neue polnische Pfadfinderabteilungen gegründet worden sind, und zwar: eine Frauenabteilung in Groß-Sorok, je eine gemischte Abteilung in Tautentag und Wollentzsch, eine Mädchenabteilung und eine Knabenabteilung in Hindenburg, eine zweite Mädchenabteilung in Weutchen und eine Pfadfinderschaft bei der Weutchen Schor.

Am 26. September bringt die „Sojeto Polka“ eine Note, wonach der „Ausschuß“ der Kulturhilfe für das Opole, was wir zu „Arbeit“ (Kattowitz) Polka, ist) von polnischen Buchverlegungen und Verlagen über 400 Bücher belletristischen Inhalts für die polnischen Buchereien in Deutschoberschlesien geliehen hat.

Am 28. September teilt der „Kattolik Polka“ mit, daß „3. Verhandlungen zwischen dem Verband polnischer Schachvereine und den deutschen Behörden wegen der Erteilung des Öffentlichkeitsrechtes an das polnische Privatgymnasium in Weutchen schweben“ und daß „diese Verhandlungen nachdrücklich ein günstiges Ergebnis zeitigen werden“.

Nach Angabe des „Dziennik Berlinki“ vom 30. September werden die folgenden Verbände bestanden: Verband der polnischen Emigranten in Leipzig (233, Baumgarten 12); Verband der polnischen Handarbeiter in Rößn (Klingelüb 30); Ortsgruppe des Verbandes polnischer Handarbeiter in Hannover (Rückertstr. 3); Verband der Handarbeiter in Apolda (Jgnach Str. in Leipzig 5); Reinheitenstraße 166).

Dem „Dziennik Berlinki“ zufolge wird Anfang Oktober eine neue Ortsgruppe Wettkow und Umgebung des polnischen Emigrantenverbandes gegründet. An der Versammlung teilnahmen Personen teilgenommen haben, unter ihnen ein Vertreter des polnischen Generalkonsulats in Berlin und ein Vertreter der Centrale des polnischen Emigrantenverbandes in Leipzig. Dieser Verband zählt nach Angabe des Vertreters der Centrale etwa 1500 Mitglieder.

In ihrer Nummer vom 3. Oktober weist die „Sojeto Ostjanka“ darauf hin, daß der Polenbund in der Lage sei, einige junge Polen aus Deutschland in landwirtschaftlichen Schulen in Polen unterzubringen.

Am 4. Oktober wird in Ratibor eine Frauengruppe des Polenbundes gegründet, zu deren Tätigkeitsgebiet u. a. die Veranstaltung eines „Näch- und Handarbeiterskizzen während des Winters“ gehört.

Am 6. Oktober wird in Borna auf Veranlassung des Polnischen Zentralvereinsabend ein Theaterabend veranstaltet, für den sich Schaupisier aus Polen, die sich auf der Durchreise nach Frankreich befinden, zur Verfügung gestellt haben.

Am 12. Oktober beginnt eine mehrtägige Wallfahrt nach Schenkothau, an der 203 Personen teilnahmen. Die Fahrt wird vom Wanderverband des Polenbundes veranstaltet und steht unter der Leitung von Jan Warynyak aus Groß-Streblich.

Am 14. Oktober vernehmen die Opole, „Königin Cobyenne“ auf die für uns Leben wichtige Tatsache, daß sich ein polnischer Arzt, Dr. Mirosław Spytalski, in Weutchen niedergelassen hat. Kurz zuvor, am 3. Oktober, hatte sich daselbe Blatt über das Fehlen polnischer Ärzte im drahtoberschlesischen Industriegebiete beklagt und gesagt, daß dort „mehrere drei polnische Ärzte eine gute Existenz haben könnten“.

Mitte Oktober veranstaltet das polnische Kattowier Stadttheater ein Gasspiel in Weutchen, das in der Polenbundespresse eingehend gelobt wird.

Um dieselbe Zeit wird in Weutchen die polnische Volkshochschule wieder ins Leben gerufen. An ihr werden von den Lehrern des polnischen „Gymnasiums“ und der polnischen Zinberberthschulen, sowie von den Leitern der polnischen Organisationen Volkshochschulunterricht abgehalten. Von der Weutchen-Volkshochschule werden auch in anderen Orten der Provinz Vortragsabende veranstaltet.

Am 21. Oktober wird in Markowiz (Obererschlesien) ein Bildungsheim des Polnisch-katholischen Jugendvereins eingeweiht.

Vom 28. Oktober bis 6. November findet im polnischen Bildungshaus in Epenhagen, Krs. Slawo, eine Ausstellung des polnischen Kurfes für landwirtschaftliche Vorbereitung statt.

Ende Oktober hält sich die polnische Studentenverbindung der „Unioński Breslau, „Sillesia Superior“ zu einem mehrtägigen Besuche in Oberschlesien auf.

Einige Tage darauf, am 3. November, erfolgt die Eröffnung eines polnischen Bildungsheims in Sattkendorf (Krs. Allenstein). Das Heim ist, wie die „Sojeto Ostjanka“ schreibt, jeden Mittwochs, Freitag und Sonntag geöffnet. Freitags finden im Heim polnische Gesangstunden statt.

Anfang November bezieht die polnische Akademikervereingung „Sillesia Superior“ die Feier ihres 10jährigen Bestehens. Die Veranstaltung wurde am 3. August 1924 in Oppeln von 11 Mitglidern ausgerichtet, von denen damals 5 im Breslauer Unioński studierten. 3. 5. zählt die Vereinigung 50 Mitglieder, sie ist damit der stärkste polnische Akademikerverband in Deutschland.

Am 5. November wird in Wirlschlesche (Obererschlesien) ein polnischer Gesangverein aus der Taufe gefahren. Einige Tage darauf folgt die Gründung eines eben solchen Vereins in Warthe.

Über das Begräbnis eines auf der Geste Neubaus verunglückten Arbeitskameraden in Weutchen, der Mitglied mehrerer polnischer Verbände gewesen ist, berichtet die „Königin Cobyenne“ am 13. November u. a.: „An der Spitze des Juges marschierte die NSDAP mit ihren Fahnen, sodann die Arbeitsfront, und vor dem Sarge führt dreißt der polnische Jugendverein und der polnische Gesangsverein, von denen einige mit mehreren Schleifen trugen, was unter den Mitgliedern der NSDAP und bei anderen Vereinsmitgliedern außerordentliches Erstaunen hervorrief.“ In Wierich (Krs. Raasdorf OS) findet am 16. November eine Elternversammlung statt, die der Vorbereitung der Einführung polnischer Sprachkurse dient.

Am 20. November berichtet daselbe Blatt über die außerordentliche Hauptversammlung des Polnisch-katholischen Jugendverbandes in Deutschoberschlesien. Zur Versammlung sind 27 Delegierte aus 22 Ortsgruppen erschienen.

Am 25. November werden in Ratibor und in Groß-Streblich polnische Volkshochschulen eröffnet. Mit der Eröffnungsfeier in Groß-Streblich ist eine Ausstellung polnischer Zeichnungen und Zeitschriften verbunden. Bei der Feier in Ratibor hält ein Professor vom polnischen „Gymnasium“ in Weutchen einen Vortrag über die Verbundenheit Schlesiens mit Polen.

Am 24. November wird in Wjaska (Obererschlesien) eine neue polnische Schule eingeweiht. Bei der Einweihungsfeier hebt der die Weibe polnischer „Pfarrer Koziolek“ den katholischen und christlichen Charakter der polnischen Schule (gegenüber der deutschen Schule) hervor.

Am 25. November findet in Sabortze (Obererschlesien) die Eröffnung einer polnischen Volkshochschule statt. Die Zahl der Teilnehmer an der Eröffnungsfeier wird von den „Königin Cobyenne“ mit 250 angegeben.

In Karkzewo (Krs. Slawo), dem Wohnort des Polenbundesleiters „Pfarrer Dr. Womanski, wird am 28. November ein „Polnisches Haus“, das erste in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, eröffnet.

Am 4. Dezember wird in Mikulitschütz (Obererschlesien) eine polnische Volkshochschule eröffnet. An der Veranstaltung sollen, den „Königin Cobyenne“ zufolge, etwa 400 Personen teilgenommen haben.

Diese Beispiele aus der organisatorischen Tätigkeit der Polen in Deutschland ließen sich vervielfachen. Die hier gemachten Angaben genügen wohl, um zu bemerken, daß es völlig abwegig ist, wenn man wie es in der polnischen Presse noch immer geschieht — über die „Brückung“ der Polen in Deutschland geklagt wird. Die polnischen Volksglieder haben volle Entwicklungsfreiheit. Der Rationalsozialismus achtet ihr Volkstum. Er befreit sich darauf, daß deutsches Volkstum geachtet wird. Er sorgt dafür, daß deutsches Volkstum nicht verloren geht. An der Grenze mehrer Volkstümer wird in dieser oder jener Form immer gekämpft werden. Das ist das Schicksal der Grenze. Der Rationalsozialismus ist der Meinung, daß dieser Kampf nicht mit den negativen Mitteln der Unterdrückung fremden Volkstums, sondern mit den positiven Mitteln der sorgfältigen und gewissenhaften Pflege des eigenen Volkstums durchgeführt werden soll.

# Die Bevölkerungsentwicklung Ostpommerns.

Ostpommern, der Regierungsbezirk Köslin, hat bei der Volkszählung von 1925 681 185 Einwohner gezählt. Bei der Zählung von 1933 war die Zahl auf 685 703, also um nur 4 518 Menschen angelegert. Seit mehreren Jahrzehnten weist dieses östliche Grenzland im durchaus ungelände bevölkerungspolitische Entwicklung auf. Auf die ländliche Bevölkerung entfielen im Jahre 1925 449 966 Menschen. Im Laufe von acht Jahren ging die ländliche Einwohnerzahl Ostpommerns um über 16 000 Menschen auf 433 258 zurück. Dagegen stieg die städtische Bevölkerung um auf 20 000 Seelen von 251 217 auf 252 445 an. Vergleicht man die Ergebnisse früherer Volkszählungen mit denen von 1933, so ist festzustellen, daß die ländliche Bevölkerung Ostpommerns sich seit 1867 kaum verändert hat. Sie hat im Jahre 1867 etwa 430 000, 1900 etwa 418 000 und 1919 etwa 422 000 Seelen betragen. Dagegen weist die städtische Bevölkerung seit 1867 bis 1933 von 23 000 auf 252 445 eine stetige Steigerung auf. In den ostpommernischen Städten hat die Volkszählung von 1925 681 185 Einwohner gezählt. Bis zur Zählung 1867 stieg die Bevölkerung in den ostpommernischen Städten durch stetige Steigerung auf. In den ostpommernischen Städten hat die Zählung 1867 etwa 124 000, 1900 etwa 170 000 und 1919 etwa 211 000 Einwohner betragen. Während also die Volkszahl auf dem Lande bei einigen Schwankungen in den 66jährigen Zeitraum von 1867—1933 etwa dieselbe geblieben ist, hat sich die Zahl der Stadtbewohner in dem gleichen Zeitraum etwa verdoppelt. 1925 haben im Kösliner Regierungsbezirk 33,96 v. H. und in 1933 36,81 v. H. der Bevölkerung in den Städten gelebt.

Der Stand der Bevölkerung ist bedingt durch die natürliche Wanderungs- und die Wanderungsbewegung. Was zunächst die Wanderungen anlangt, so gehört Ostpommern zu den Gebieten des Reiches, die seit Jahrzehnten einen Wanderungsüberschuß aufzuweisen haben. Von 1900 bis 1933 hat der Regierungsbezirk nicht weniger als 112 477 Menschen mehr durch Abwanderung verloren als durch Zuwanderung gewonnen. Das ist etwa der sechste Teil des Bevölkerungstandes von 1933. Von 1900 bis 1910 hat der Bezirk über 63 000 und von 1919 bis 1933 fast 67 000 und allein von 1925 bis 1933 fast 44 000 mehr Menschen an andere Gebiete des Reiches bzw. ins Ausland abgegeben als von dort erhalten. Wenn von 1910 bis 1930 ein Wanderungsüberschuß von etwa 18 000 Menschen zu verzeichnen ist, so hat das fast ausschließlich auf die Laßache zurückzuführen, daß diese Tausende von Deutschen aus dem benachbarten Westpreußen nach dessen Übergang an Polen sich dort, in den der Verfall der Grenze nahegelegenen Kreisen niedergelassen haben. Wie fast überall in den Ostprovinzen, so geht der Wanderungsüberschuß auch in Ostpommern auf Kosten des flachen Landes, während die Städte einen Wanderungsgewinn verzeichnen können. Von 1900 bis 1933 hat sich die Städtebevölkerung Ostpommerns durch Wanderungsgewinn um 45 606 Menschen vermehrt. Vom flachen Lande dagegen sind im gleichen Zeitraum 158 083 Menschen mehr abgewandert als zugewandert. Im Jahre 1933 hat das flache Land allein (1925 bis 1933) hat das flache Land einen Wanderungsverlust von 57 000 Menschen zu verzeichnen.

Der Geburtenüberschuß Ostpommerns hat vom 1. Dezember 1900 bis zum 1. Juni 1933 etwa 210 000 Seelen betragen. Da das Gebiet in dem gleichen Zeitraum aber einen Wanderungsüberschuß von über 112 000 Menschen aufweist, hat sich die Bevölkerung nur um 97 861 Menschen vermehrt. Das flache Land weist von 1900 bis 1933 einen Geburtenüberschuß von fast 174 000, einen Wanderungsüberschuß von 158 000 Menschen aus. Die Volkszunahme auf dem flachen Land be-

trägt in diesem Zeitraum also nur 15 608 Seelen. Das heißt: die ländliche Bevölkerung hat von ihrem natürlichen Zuwachs je einmal so viel Menschen an andere Gebiete abgegeben, als sie selbst behalten hat. Wie überall in den letzten Jahrzehnten, so war auch in Ostpommern — trotz des durchaus agrarischen Charakters des Gebietes — der Geburtenüberschuß im Sinken. Er hat von 1900 bis 1913 im jährlichen Durchschnitt etwa 9500 betragen. 1930 war er auf 6007, 1931 auf 5536 und 1932 sogar auf 5264 gefallen. Wenn diese Entwicklung so weiter ginge, d. h. wenn der Geburtenüberschuß weiter sinken und die Abwanderung nicht zurückgehen würde, würde die Bevölkerung Ostpommerns bald nicht nur stillstehen, sondern zurückgehen. Auf dem flachen Lande ist es schon so. Von 1925 bis 1933 hat das flache Land einen Geburtenüberschuß von 41 000 und einen Wanderungsverlust von 7 000, also eine absolute Bevölkerungsabnahme von 16 000 Menschen zu verzeichnen. Aus nachstehender Übersicht läßt sich die Bevölkerungsentwicklung durch Geburtenüberschuß und Wanderung im Zeitraum 1925 bis 1933 in den einzelnen Kreisen Ostpommerns entnehmen. Die Kreise hatten eine Zunahme (+) bzw. Abnahme (—):

Kreis	durch Geburtenüberschuß u. v.	durch Wanderungsgewinn u. v.	insgesamt u. v.
Stadtkreis Köslin	+ 2,45	+ 3,02	+ 5,47
„ Kolberg	+ 3,05	+ 8,89	+ 11,94
„ Stollp	+ 3,32	+ 5,60	+ 8,92
Vandkreise			
„ Belgard	+ 7,45	— 6,28	+ 1,07
„ Bütow	+ 6,20	— 12,41	— 4,29
„ Dromburg	+ 5,64	— 2,48	+ 3,36
„ Kolberg-Körlin	+ 7,98	— 10,20	— 2,21
„ Köslin	+ 8,57	— 10,67	— 2,10
„ Neuenburg	+ 9,12	— 8,50	+ 0,64
„ Reutzelitz	+ 6,07	— 8,88	— 2,81
„ Rummelsburg	+ 9,68	— 9,35	+ 0,33
„ Schlawe	+ 6,66	— 7,91	— 1,03
„ Stollp	+ 9,70	— 9,99	— 0,29

Demnach beträgt der Geburtenüberschuß in den drei Stadtkreisen im Durchschnitt nur ein Viertel bis ein Drittel des Geburtenüberschusses der Vandkreise. Die Stadtkreise sind die einzigen, die durch Wanderung gewonnen haben. Von den 10 Vandkreisen haben in der Zeit von 1925 bis 1933 nur noch vier eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Am stärksten ist mit 429 v. H. der Bevölkerungszuwachs im Grenzkreise Bütow gewesen. Diese Übersicht zeigt, wie verhängnisvoll die Zeit des Militarismus, die sich auf Bevölkerungsentwicklung des gesamten Ostens verberstet ausgemacht hat, auch in Ostpommern gemerkt hat. Auch hier war deutsches Land in Gefahr, mitten im Frieden preisgegeben zu werden. Das war so. Durch die Wandung nach Osten, durch die Rückkehr aufs Land, durch die wirtschaftliche Bejahung des Lebens, die sich in einer steigenden Geburtenziffer ausdrückt, wurde in den knapp zwei Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft diese Gefahr wirksam bekämpft und der Anfang zum bevölkerungspolitischen Wiederaufbau des deutschen Ostens und auch des ostpommernischen Gebietes gemacht, das dem System des Weimars so uninteressant, so fern und so nebenfächlich erschien.

## Die Not der Memeldeutschen.

### Der Memelprozeß in Kaun.

Am 4. Dezember hat in Kaun der Prozeß gegen die 126 Memeldeutschen begonnen, die der verfassungswidrigen „Heatsfeindlichen Umtriebe“ beschuldigt sind. Seit 10 Monaten sind worden die meisten dieser Angeklagten in den litauischen Justizhäusern unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten. Der Prozeß ist vor der litauischen Presse seit Monaten als eine große Sensation angekündigt worden. Sie hat ihre Spalten in den wüsten Tagen über den angeblich vorbereiteten benutzten Auffand der Memeländer gefüllt. Und noch am Tage vor der Prozeßöffnung hat der Gouverneur des Memelgebietes, Dr. Raakos, die Unerschämtheit befehlen, vor dem Memellandtag die Beschuldigungen und Verurteilungen zu wiederholen, mit denen die Presse die Bevölkerung gegen Deutschland und das Memelland aufzubehalten pflegt. Die verbotenen deutschen Parteien des Memelgebietes, so behauptete der Chef der politischen Hofkapler u. a., haben „militärische Sturmtrupps organisiert, militärische Waffen vorrätig gehalten, die Mitglieder der Sturmtrupps militärisch ausgebildet, so mit dem Gebrauch militärischer Waffen vertraut gemacht, sie gelehrt, militärische Schießübungen auszubehalten, mit ihnen militärische Feldübungen abgehalten, durch Attentate ihnen bei ihrer Tätigkeit unerschütterliche Elemente befestigt, die Arbeit der dem Staate loyalen Organisation hindern, deren Verlamung zu beschaffen und andere Gewaltmittel zu erlangen.“ Die Litauer wissen genau, daß ihre ganze terroristische Memelpolitik auf die und ähnliche

Vögen aufgebaut ist, daß ihrer Politik jede Grundlage fehlt, wenn sich in dem jetzt begonnenen Prozeß die Verlogenheit ihrer Propaganda herausstellt. Sie werden daher alles aufbieten, um die Aufhebung des verurteilenden Urteils und des Urteilsanhebels, mit dem sie ihre Politik umgeben haben, zu verhindern.

Das machte sich schon bei Beginn des Kauner Prozesses sehr deutlich bemerkbar. Mit gutem Grund war von einem der Verteidiger, Rechtsanwalt Prof. Stankevicius, die Zukünftigkeit des litauischen Kriegesgerichtes angezweifelt und darauf hingewiesen worden, daß trotz des seit 1926 im Memelland bestehenden Kriegesplandes die Sache nach Maßgabe des Statuts vor ein memelländisches Gericht gehöre. Die Notwendigkeit, diese Zulässigkeitsfrage zu prüfen, wurde jedoch von Seiten des litauischen Kriegesgerichtes bestritten. Die Verteidigung der angeklagten Memelländer hatte weiter eine ganze Reihe von weiteren Zeugen benannt, die über die Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe auszusagen sollten. Das Gericht aber lehnte auch in diesem Falle die Anträge der Verteidigung ab. Prof. Stankevicius hat weiter die Notwendigkeit betont, das Verfahren gegen die 126 Angeklagten, das als Ganzes durchgeführt werden soll, in vier getrennte Verfahren aufzuteilen, die dem Memellandtag die Anträge an die Staatsanwaltschaft zurückzumerweisen und ihr den Auftrag zur „Verteilung“ des Verfahrens zu geben. Auch dieser Antrag verfiel der Ab-

lehnung durch das Gericht. Schließlich wies die Verteidigung noch darauf hin, daß nach der litauischen Prozeßordnung die Angeklagten das Recht hätten, nicht nur die Anklageschrift, sondern auch das Anklagematerial oder der Beweis aufnahme zu hören. (Das „Bematerial“ füllt 16 000 Seiten.) Dieser Antrag schien dem litauischen Gericht aus nachliegenden Gründen besonders peinlich zu sein. Es verzichtete sich bei der Einstellung des Gerichtes, das den politischen Auftrag hat, auf keinen Fall die Unschulds-Vermutungen festzustellen, sondern daß dieser Antrag abgelehnt wurde. Der Wille, in dem die Verhandlungen durchgeführt werden sollen, ist durch die Einstellung des Verfahrens zu den ernsthaften Forderungen der Verteidigung hinführend beleuchtet.

**Memorandum wieder mundtot gemacht.**

Die Schliche und Schikane, mit denen Brucewicz die Sitzung des Memelländischen Landtages „organisiert“ hatte, haben ihren Zweck nicht erfüllt. Das Verbot des Landtages ist ihm ebenso wie ausgeführt worden wie seinem Vorgänger Reissig. Von den 29 Abgeordneten, die der Landtag statutenmäßig aufzuzählen hat, waren nur 25 zu der Sitzung, die am 13. Dezember stattfand, eingeladen worden. Drei Abgeordnete konnten nicht eingeladen werden, da ihnen und ihren Ersatzmännern das Recht zur Bekleidung von Abgeordnetenmandaten vom Gouverneur widerrechtlich aberkannt worden ist. Der vierte nicht-gelebende ist Brucewicz selber, der kein Mandat als litauischer Abgeordneter im Memellandtag niedergelegt hat. Von den 25 Eingeladenen waren nur 16 erschienen. Die übrigen fehlten geunvernehmlich oder mit Absicht. Von den acht gelebten Abgeordneten der Memelländischen Volkspartei nahmen sieben von den sieben jugendlichen Abgeordneten der Memelländischen Landwirtschaftspartei an der Sitzung teil (es fehlte der Abg. Butgerait, der in das Direktorium Brucewicz eingetragen ist und dem es offenbar peinlich ist, seinen bisherigen Freunden, die er in so niederträchtiger Weise verraten hat, noch einmal unter die Augen zu treten). Ferner waren zwei kommunistische und ein sozialdemokratischer Abgeordneter anwesend. In Abwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagspräsidiums leitete der Schriftführer Rischert, der Abgeordneter der Volkspartei ist, die Sitzung. Er leitete die Unschuldsfähigkeitsklärung des Landtages seit anlehnte es ab, dem Präsidenten des Direktoriums, Brucewicz, das Wort zu einer „Regierungserklärung“ zu erteilen. Brucewicz, der auf den Unschuldsfähigkeitsklärung des Landtages abgelehnt hatte, räumte daraufhin das Feld. Ohne sich um sein nutzloses Verhindern, das auf die zahlreichen ausländischen Zuhörer (u. a. war der englische Weltanschauungsträger in Rauen, der lettischbaltische Generalkonul in Memel, der sowjetrussische Konul in Memel anwesend) einen nicht gerade heroischen Eindruck gemacht haben wird, meinte zu kümmern, daß der Abgeordnete Rischert eine Erklärung an, in der gegen die Verordnungen gegen den Landtag gerichtete Gewaltmaßnahmen der Witauer schwarze Protest einseitig wurde. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Der Landtag erhebt nach seiner heutigen Sitzung vor aller Öffentlichkeit schärfsten Protest gegen die vorerwähnten geübten untragbaren und rechtswidrigen Verordnungen und verlangt ein Direktorium, das das Vertrauen des Landtages besitzt und das geübte Unrecht wiederbeseitigt. Brucewicz und sein Direktorium besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.“

Die Erklärung war unterzeichnet von den 15 anwesenden Abgeordneten der Landwirtschaftspartei und Volkspartei. Auch die beiden anwesenden Mitglieder der kommunikativen Arbeiterpartei, Surau und

Soleina, schlossen sich schriftlich der Erklärung an. Von den 16 anwesenden Abgeordneten hat lediglich der Sozialdemokrat Rischert die Protestliste mitunterzeichnet. Die Erklärung besitzt, da der Landtag nicht beschlußfähig war, keine unmittelbare rechtliche Bedeutung. Die Beschlußunfähigkeit war durch die Entziehung mehrerer Abgeordnetenmandate, durch die Behinderung verordneter Abgeordneter und das Verbot der fünf litauischen Abgeordneten herbeigeführt worden. Um so größer ist die moralische Bedeutung der Erklärung. Brucewicz hat sich davon überzeugen müssen, daß es ihm ebenso wie seinem Vorgänger Reissig niemals möglich sein wird, das Vertrauen des Landtages zu erhalten, daß seine Regierung im Memelgebiete illegal ist und illegal bleiben wird. Es ist für die im Memelgebiet herrschenden Zustände überaus bezeichnend, daß die „Regierungspartei“, also die litauische Abgeordnetengruppe, nicht den Mut besitzt, an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen, in denen sich ihre Männer, wie Reissig, jetzt Brucewicz, dem Landtage vorstellen. Das ist ein unüberleglicher Beweis dafür, daß diese litauischen „Volksvertreter“ selbst von der Unrechtheit und Unschuldsfähigkeit der „Regierungen“ überzeugt sind, die ihr Vertrauen besitzen.

**Der litauische Schwarzfender.**

In Königsberg i. Pr. fand am 13. Dezember ein Mitgliederappell der dortigen Kreisgruppe des Reichsverbandes deutscher Rundfunkteilnehmer statt. Goukmanek Dr. Schäfer ging in seiner Ansprache auch auf die Störung des ostpreussischen Rundfunkempfangs durch einen litauischen Schwarzfender ein. „Wir sind“, so führte er u. a. aus, dem Dinge nachgegangen und haben festgestellt, daß seit vielen Wochen jenseitlich aus überdauernder Seite der Empfang der Sendungen des Heilsberger Senders täglich gestört wird. Es wurden damals sofort Prüfungen unternommen, welche einwandfrei ergaben, daß der Störer sich in der heute unter litauischer Willkürherrschaft stehenden Stadt Memel befindet. Wir haben weiter festgestellt, daß der litauische Schwarzfender, der über einen Telephonfender und einen alten Volkshörer verfügt, diesen Volkshörer als Störer einsetzt. Außerdem hat entgegen allen internationalen Abmachungen dieser Sender am 5. und 6. Oktober auf der Heilsberger Welle in deutscher Sprache Telephonie gelangt. Auf unser Ersuchen hat die Deutsche Reichspost von mehreren Wochen ein Protestschreiben an die litauische Post gerichtet. Die litauische Post wogte die unverschämte Antwort, daß ihr Schreiben nicht bekannt ist, daß sie aber bemerkt sein werde, den etwaigen Störer festzustellen. Die alleinige Verantwortung für das Rundfunkchaos im Osten, durch welches nicht nur die ostpreussischen Rundfunkhörer, sondern auch die Hörer anderer Staaten betroffen werden, trägt die litauische Regierung.“

**Smetona ist beliebt.**

In Laugsgarten wurde ein memelländischer Bauer zur litauischen Staatsfahrgeldspolizei bestellt. Ergen ihn wurde Anklage erhoben, daß er den litauischen Staat verächtlich mache. Der Bauer war für keine Schuld bemüht. Da wurde ihm von der litauischen Polizei eröffnet, er habe an einem gewissen Ort einen litauischen Kalender ausgestellt, und in diesem Kalender befand sich das Bild des litauischen Staatspräsidenten Smetona. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe dies mit der Absicht getan, die litauische Staatsgewalt verächtlich zu machen. Er wurde nicht weniger als viermal von der Polizei vernommen und nun bestraft.

**Die Rolle der amerikanischen Litauer.**

Einen etwas weitläufigen Artikel brachte der kirchliche „Kytas“ am 27. November über die Zustände bei den amerikanischen Litauern und deren Beziehungen zum litauischen Staat. Es heißt darin u. a.:

„Die nach Amerika ausgewanderten Litauer bilden ein Drittel einer Volkszahl, vor derank ihnen sehr viel und tun zu wenig, für den Vaterland auf die Dauer zu erhalten. Wenn auch in allen litauischen Kirchen bis auf sechs, wo englisch gepredigt wird) das Wort Gottes auch nur litauisch verkündigt wird, wenn es drüben eine ständige Zahl von Schulen gibt, die von Litauern unterhalten und von zwei Fünfteln der litauischen Jugend besucht werden, wenn auch bald jedes der 127 litauischen Kirchspiele seine eigene litauische Schule haben wird, wenn es auch drüben litauische Akademiker gibt, Pfarrer, Rechtsanwältinnen und Ärzte, und wenn auch die Litauer ihre Vereine haben, so ändert das doch nichts daran, daß es dank des amerikanischen Einwanderungserlasses in etwa 25 Jahren drüben keine Litauer mehr geben wird. Denn die vor dem Krieg nach Amerika Ausgewanderten werden gestorben sein, und das neue Geschlecht, das bis heimat nicht gesehen hat, wird von Litauern nichts wissen, wenn wir uns nicht mehr als bisher darum sorgen, daß sich die Bande zwischen ihnen und der Heimat fester knüpfen. Welch ein Verfall bedeutete das für unser ohnehin kleines Volk, wieviel können sie uns nützen, die wir von mächtigen Feinden umlauiert sind, indem sie durch ihre Bekanntheit, die Staatsmänner, Journalisten oder bedeutende Politiker sind, die öffentliche Meinung jugendlichen Litauern beeinflussen!“

„Es ist eine Schande“, klagt der „Kytas“ weiter, „daß die amerikanischen Litauer uns immer wieder sagen können, daß uns nur ihr Geld wichtig wäre. Und wirklich! Die Russen finanzieren im Aus-

lande kommunikativen Organisationen und bezahlen den Führern derselben die Reise nach Rußland; die Polen und Deutsche geben jährlich viele Millionen für ihre Volkskassen in der Fremde ab. Aber was dagegen tun wir? Die amerikanischen Litauer haben uns, als sich Litauen in einer hitzerigen Lage befand, 1 800 000 Dollar geliehen, sie gründeten Organisationen für den Wiederaufbau des Vaterlandes, durch die fast 1 Million Dollar aufgebracht wurden. Was wurde nicht außerdem von einzelnen Persönlichkeiten getan! Die Statistiken zeigen, daß uns während der ersten Jahre des wiedererstandenen Litauens jährlich in dieser oder jener Form bis zu 12 Millionen Dollar zufließen. Selbst in den Zeiten der amerikanischen Krise haben sie uns nicht vergessen und haben immer geholfen. Nehmen wir alles, was sie uns so gekostet haben, zusammen — wir hätten mehr als 100 Millionen Dollar. Aber der Mehrzahl das Bürgerrecht nicht zuerkannt und verweigert konnten sie nach Amerika zurück. Könnten wir nicht denen Spondonien zahlen, die auf unserer Universität Lituanistik und Literaturwissenschaften studieren? Könnte die litauische Regierung ihre Schulen nicht mit Büchern versorgen? Könnte man nicht Preise zur Verteilung an diejenigen Kinder ausleihen, die auf den dortigen litauischen Schulen die beste Prüfung abgelegt haben? Kurz: Wir haben Sinnen für das Kapital zu zahlen, das eine der stärksten Stützen des freien litauischen Staates ist.“

**Spendet für die Winterhilfe!**

## Die Posener Landwirtschaft.

In einem längeren Artikel befaßte sich der „Glas“ mit der Lage der polnischen Landwirtschaft. Das Wort legte seiner Betrachtung die von der Großpolnischen Landwirtschaftskommission herausgegebene „Vergleichsstatistik der Einnahmen und Ausgaben der landwirtschaftlichen Großbetriebe in der Wojewodschaft Polen für das Jahr 1932/33“ zugrunde. Nach dieser Statistik haben sich die Einnahmen und Ausgaben dieser Güter je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in folgender Weise entwickelt (in Zloty):

Bruttoeinnahmen:		Bruttoausgaben:		
1930/31	1932/33	1930/31	1932/33	
Jugelsamt	409,2	234,8	375,3	
Gehälte	115,8	108,0	138,6	
Hackfrüchte	133,3	76,5	Randbänder	42,1
Lebend, Inventar (Barunter Milchprod.)	96,3	32,7	Sutter	24,8
Anderes	65,8	47,6	Heilmaterial	15,0
Nettoeinnahmen:	1930/31	1932/33	Reparatur wfo.	26,6
Reines Wirtschaftseink.	33,9	62,5	Sachversicherung	12,4
Steuereink.	— 39,5	— 3,6	Anderer Wirtschaftsausg.	107,0
			Steuern	17,6
			Zinsen	52,0
			Reinverbleibung	7,9

Nach diesen Zahlen hat sich das reine Wirtschaftseinkommen von Wirtschaftsjahr 1930/31 bis 1932/33 nicht unerheblich gebessert. Jedoch handelt es sich bei dieser Zunahme um eine rein rechnerische Angelegenheit, die keineswegs einer praktischen wirtschaftlichen Geländung entspricht. Die Lage ist vielmehr, wie der „Glas“ bemerkt, recht un erfreulich:

„Die Umsätze werden wesentlich geringer, die Lebensfähigkeit nimmt ab, die Verbindung zur Außenwelt wird geschwächt, die Großpolnische Landwirtschaft kopiert sich gemäßigtem ein. Die Wirtschaftslage wird anders. Bei einer Betrachtung der einzelnen Elemente des Wirtschaftsergebnisses müssen wir feststellen, daß sowohl Bruttoeinnahmen wie -ausgaben die niedrigsten Positionen im Jahre 1932/33 aufweisen. Die noch Jahr zu Jahr fortschreitende Abnahme erweist berechtigte Befürchtungen für die Zukunft. Die Bruttoeinnahmen gingen im Verlauf von drei Jahren um 30 v. H. die Ausgaben um über 40 v. H. zurück. Das beweist, wie fatal sich die Krise nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auf das gesamte Wirtschaftsleben (Rückgang der Ausgaben) auswirkt, um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß diese Abnahme bereits seit dem Jahre 1929/30 datiert. Die weitgehende Änderungen in der Konstitution der Wirtschaftslage eingetreten sind, ist durch die Tatsache begründet, daß im Jahre 1930/31 die Ausgaben 92 v. H. der Einnahmen und im Jahre 1932/33 trotz des Rückgangs dieser letzteren nur noch 78 v. H. betragen. Somit zeigt also der Rückgang der Ausgaben ein schnelleres Tempo als der der Einnahmen. Es wird klar, daß die Landwirtschaft von ihrer eigenen Substanz zu leben beginnt, indem sie selbst die allernotwendigsten Ausgaben auf ein Minimum beschränkt.“

## Die Krakauer sind beleidigt.

Seit Jahren ist in Polen von einer umfassen den Veränderung der Wojewodschaftsgrenzen die Rede. Im Zuge dieser Verwaltungsreform sollen u. a. einzelne Kreise der Wojewodschaften Pielke und Krakauer der Wojewodschaft Silesien angegliedert werden. Gegen diesen Plan hat von vornherein die Stadt Krakau Einspruch erhoben, weil sie — nicht ohne Grund — fürchtet, durch eine derartige Maßnahme von der Katowitz als Hauptstadt des Südpolen polens vollends in den Hintergrund gedrängt zu werden. Dieser alte Streit ist jetzt von neuem entbrannt. Der Krakauer „Jutrzenka Kurier Sobienny“ und die Katowitziger „Dziennik Sadowia“ haben sich zu Sprechern der beiden Städte gemacht. Das Krakauer Blatt meint es gebe nur zwei brauchbare Lösungen: Entweder beständen zwei Wojewodschaften nebeneinander, so wie es heute der Fall ist; oder das junge aufstrebende Katowitz ordne sich der traditionsreichen Königsstadt an der Weichsel, eben Krakau, unter. Diese Stadt habe mit ihrer Kultur, ihrem Handel und ihrer Industrie Jahrhunderte hindurch alle benachbarten Gebiete genährt. Man habe diese Rolle Krakaus bisher leider zu wenig anerkannt und gewürdigt. Es sei zwar notwendig, daß in den drei Industriebezirken, Oberschlesien, Dombrowa und Krakau, die „Dziennik Sadowia“ und Bergbaubezirk zentralisiert werden, aber diese Zentralisation dürfe nur in der Form erfolgen, daß Oberschlesien kulturell in die Gebiete gebunden werde, die politisch, wirtschaftlich und kulturell diese Mission zu erfüllen vermögen. Das heißt nach Ansicht des „Jutrzenka Kurier Sobienny“ kommt als Zentrum der in einem Verwaltungsbezirk zusammenzufassenden drei benachbarten Industriegebiete Silesienpolens einzig und allein Krakau in Frage.

Das also ist der Weg, den die Landwirte gehen mußten, um den zur Deckung der notwendigen Ausgaben benötigten Überschuß heraus zu wirtschaften. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser Weg zum Ziele führen wird. Im Augenblick läßt sich zwar ein gewisser Erfolg feststellen, doch ist es fraglich, ob er auch weiterhin zu erhalten sein wird. Das joblenmäßige Ergebnis ist einseitig positiv, sein wirklicher Wert noch zweifelhaft.

„Wenn wir die Gestaltung der Einnahmen der Landwirtschaft unterleuchten“, fährt der Krakauer „Glas“ fort, „so können wir den größten Rückgang auf dem Konto des lebenden Inventars feststellen. Im Verlauf von drei Jahren betrug er 45 v. H., während die Einnahmen aus dem Milchprodukt in der gleichen Zeit fast um 55 v. H. zurückgingen. Es ist dies eine kolossale Abnahme, die deutlich beweist, welche Veränderungen die Landwirtschaft im Verlauf eines so kurzen Zeitabchnittes durchmachen mußte. Eine ebenfalls starke Abnahme, nämlich um 43 v. H., zeigte die Einnahmen aus den Hackfrüchten. Die Einnahmen allein aus den Hackfrüchten gingen um 41 v. H. zurück, doch bilden sie noch einen sehr starken Anteil an den Hackfruchteneinnahmen. Im Jahre 1930/31 machten sie 79 v. H. und im Jahre 1932/33 sogar 82 v. H. der Einnahmen aus Hackfrüchten aus. Die Einnahmen aus Getreide zeigen in den verflochtenen Jahren keine besonderen Schwankungen. Der Preisrückgang wirkte sich nicht in höherem Maße aus, weil eine gewisse Verchiebung im System der Landwirtschaft eingetreten war, indem die Anpflanzung von Hackfrüchten abgenommen und auf deren Kosten eine vermehrte Getreideausfaat vorgenommen wurde.“

„Der Abnahme der Einnahmen folgte eine gewaltige Reduzierung der Ausgaben seitens als notwendige Folge, von deren Größe unter den heutigen Bedingungen in erster Linie die Erhaltung des Haushaltsgleichgewichts abhängt. Man sieht deutlich, daß die durch den Augenblick bedingte Einschränkung der Ausgaben vielfach unter Überachtlaffung der wirtschaftlichen Erfordernisse durchgeführt wurde. Die Erfüllung dieser wirtschaftlichen Erfordernisse macht der Vermähnung die notwendigen Überschüsse zur Deckung der brennendsten Verpflichtungen der Wirtschaft herauszufinden. Man sieht, wenn es sich um Rollen der Einschränkung der räumlichen Kapitalzufuhr des Betriebes geht. Auf diese Art gelang es sogar, einen Teil der Schulden abzulösen, die, wie es in der Zeit guter Konjunktur zu Annehmlichkeiten und zu Beginn der Krise zur Deckung der Verluste, aufgenommen wurden. Dadurch wird aus der Wirtschaft mehr herausgehoben, als wie unter den jetzigen Bedingungen zugehen in der Lage ist, während ihr als Äquivalent sehr wenig zurückfließt wird. Die Investierung ist fast völlig erloschen. Die für einen normalen Wirtschaftsbetrieb unbedingt notwendigen Maschinen-, Gebäude- und Reparaturkosten werden bis zu einem Minimum eingeschränkt. Der Verbrauch an Kaufkräften zeigt eine gewaltige Abnahme. Man verzichtet auf den Kauf von Kraftfutter, ja man verzichtet sogar nicht einmal mehr gegen Feuer oder Hagel. Wobrin kein erfreuliches Bild, das starke Bedenken für die Zukunft erweckt.“

Die „Dziennik Sadowia“, das Blatt des Wojewoden Grajzki, findet diese Einstellung des Krakauer Blattes anmaßend und arrogant. Niemand, so schreibt das Katowitz Blatt, werde Krakau die historische Rolle, die es in der Entwicklung Polens gespielt habe, bestreiten. Aber man dürfe den Vokalspartizipationismus nicht verbreiten. Denn Krakau sei nur ein in der Mittelpunkt des polnischen Staatsgebietes gewesen. Man dürfe nicht übersehen, welche Rolle Pemberg, Warschau und Wilna gespielt hätten. Die Aufgaben der Städte hätten sich im Laufe der Geschichte vielfach geändert. Die Gesundheit und Kraft des polnischen Staates sei nicht immer von diesen führenden Städten, sondern oft auch von anderen kulturell und wirtschaftlich starken Gebieten ausgegangen. Es sei unerlässlich, daß Krakau sich auf der einen Seite gegen den Zentralismus zur Wehr lege, auf der anderen Seite aber gleichzeitig Anspruch darauf erhebe, als Zentrum des Gebietes anerkannt zu werden, die andere Aufgaben als Krakau zu erfüllen hätten. Das Leben in Krakau, schreibt die „Dziennik Sadowia“ weiter, sei gemächlich; man vermisse dort einen planmäßigen Arbeit und habe nur Nachlässigkeiten. Katowitz dagegen habe sich emporgetrieben und sei heute der Mittelpunkt eines Gebietes, das an der Spitze aller polnischen Landesteile liege dank der vorerzielten deutschen Arbeit. Es bestreite die besten Eisenbahn- und Wegeverbindungen und mehr mehr und mehr auch vom Mittelpunkt der kulturellen Arbeit an der Grenze. Den Vorschlag, den Katowitz in den letzten zwölf Jahren erreicht habe, werde Krakau nicht so leicht wieder einholen können. Eine Stadt wie Krakau, die sich auf ihre uralte Vergangenheit berufe, sollte großzügiger und staatsverehrender danken. Der Zeit irgendeines verfallenen Wertes liege einer Stadt mit solchen Traditionen nicht gut zu Gesicht.

Dieser Streit der beiden Städte um die Führerrolle in Südmittelpolen ist interessant. Nicht nur in materieller, sondern auch in psychologischer Hinsicht. Krakau kann sich vor allem auf seine historische Bedeutung berufen, die ihm in den Augen eines jeden Polen einen besonderen Glanz verleiht. Katowitz dagegen zieht es vor, seinen Anspruch auf seiner gegenwärtigen Leistung zu begründen. Die galizische Stadt wirkt nationale Impponderabilien in die Waagschale, die schlesische Stadt mit förmliche Catenen. Krakau begründet seinen Anspruch mit Argumenten, die einen Polen mehr antprechen können. Katowitz tut das mit Argumenten, die für Jährlinge und geistlich-präussische Erben lauter sind. Es scheint der Polka Sobieszko gar nicht um Demut gekommen zu sein, daß sie in ihren Angriffen auf Krakau für die Überlegenheit der preussischen Leistung über die polnische Creditation plädierte. In Deutschland kann man diese Einstellung des Groszynski-Blattes jedenfalls mit Interesse aufnehmen.

Der Eifer, mit dem die Krakauer sich gegen die Katowitzer Ansprüche wehren, läßt sich begreifen. Denn Katowitz ist nicht der einzige Konkurrent ihrer Stadt. Der Warschauer Zentralismus hat die Bedeutung Krakaus für das gesamt-polnische Polen seit der Aufrichtung des neuen polnischen Staates auch erheblich gemindert. Krakau kann sich Warschau nicht vergleichen, daß es von diesem mehr und mehr zur „Provinz“ herabgedrückt wird. Das ist nun schon „Prozentsatz“ sein soll, denn mit es meignens der Mittelpunkt eines Gebietes sein, das durch seine wirtschaftlichen Kräfte imlande ist, auf die Hauptstadt einen beträchtlichen Einfluß ausüben. Dieses Gebiet aber ist Ostoberschlesien. Als Hauptstadt Westgaliziens u. d. des Unterriegerbietes zugleich könnte Krakau es wohl unternehmen, sich gleichberechtigt neben Warschau zu stellen und gegen dieses Zentralismus Sturm zu laufen. Aber die Krakauer haben Warschau um Verdacht, in ihrem Wettstreit mit den Katowitzern auf geringe Ziele zu beharren. Das ist nicht geeignet, ihre ohnehin geringe Liebe zu den Warschauern zu fördern.

## Offland-Woche.

### Pant nicht wiedergewählt.

Dem Druck aus den Mittelbundeskreisen weisend, hatte sich Senator Dr. Pant nach langem Sträuben schließlich doch gesungen gelassen, die föllige Jahresversammlung des Verbandes der deutschen Katholiken zum 16. Dezember einzuberufen. Dr. Pant fürchtete mit Recht, daß die Hauptversammlung ihm und der ihm ergebene in Bezug auf das Mitwirken auszusprechen nicht einmütig vorstünde aus beiführenden Männern wählen würde. Er und seine Leute haben daher versucht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß als Delegierte der Ortsgruppen nur solche Männer erscheinen, die in ihrem Sinne, also im Sinne eines deutschfeindlichen Merikalismus Vollstuflicher Prägung zuverlässig sind.

Es hat Dr. Pant nichts geholfen. Er ist nicht wiedergewählt worden. An der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Katholiken waren 259 Delegierte aus allen Bundesländern Polens teil. An die Ausführungen, die Dr. Pant in der Versammlung machte, knüpfte sich eine ungewöhnlich scharfe Auseinandersetzung. Der neue Vorstand des Verbandes ist sich wie folgt zusammen: Zum 1. Vorsitzenden wurde Olschik-Teudek mit 143 Stimmen gewählt (Dr. Pant erhielt 116 Stimmen); 2. Vorsitzender wurde Dombert Subermann-Olesen; Schriftführer: Bürgermeister A. D. Michalski-Carowicz; Kassierer: Stadtrat A. D. Gollak-Katowitz. Als Beisitzer wurden gewählt für Oberoberschlesien: Gehl. Rat Dudek, Frau Schulz, Baronin Reichenstein, Gebauer, Dollmann und Polacka; für Polen: Dommerle, Gebauer, Kalmücki, Pfarrer Röhre, Glock, Hübner und Reznickische; für Posen: Gieseler, Siele und Seibert; für Kongresspolen wurden zwei Sitze offengelassen. Außerdem wurden als Beisitzer Schultrat A. D. Dudek und Pfarrer Kallas gewählt; deren Wahl tritt jedoch erst in Kraft, wenn der von Pant gegen sie gerichtete Ausschlussentscheid vom Schiedsgericht nachgerichtet worden ist. Zum Kassierer wurde Durbach-Schmientchomski gewählt.

### Pfies unter Zwangsverwaltung.

Die Zwangsverwaltung des fürstlich Pfieschen Reiches hat bisher nur recht dürftige Ergebnisse gezeigt. Nach den Angaben der „Polonia“, die sich schon mehrfach mit der Zwangsverwaltung in kritischer Weise befaßt hat, habe die von den polnischen Behörden errechnete Steuerhöhe in den Augenblicke, in dem die Pfändungen begannen, rund 7,81 Mill. Slosy betragen. Dazu seien noch 2,55 Mill. Slosy für 1932 und weiter rund 4 Mill. Slosy an Verzugszinsen für die Steuerbeiträge der früheren Jahre geschätzt. Die Gesamtsumme habe demnach also über 14 Mill. Slosy betragen. Diese seien durch die Zwangsmaßnahmen, Beschlagnahmen und Pfändungen durch die Zwangsverwaltung in ein Slosy über 1 Mill. Slosy von den Verzugszinsen einbracht werden, so daß von der Gesamtsumme noch immer etwa 12 Mill. Slosy übrig bleiben.

Übrigens hat der „Austromagyar Kurier Cobienny“ mit einem Warschauer Blatt kürzlich eine ähnliche Auseinandersetzung wie dem erwähnten Katowitzer Blatte gehabt. Den Anlaß dazu hat die Errichtung der neuen Bahn von Warschau über Radom-Kielce-Milidom nach Krakau gegeben. Damals hat ein hauptsächlich ökonomischer Zeitungsmann die Krakauer empfindlich beleidigt, indem er so von oben herab meinte, in der Wahlzeit sei es ja ganz schön und feierlich zugegangen, „mit historischer Patina, mit theatralem Pathos und Volksströmen“, im übrigen aber hätten die Krakauer gelammert, wie schloß es ihnen jetzt gebe und wie sehr sie der Warschauer Hilfe bedürftig seien. Dieser Ton, der den Krakauern auf die Kerzen fällt, hat der „Austromagyar Kurier Cobienny“ mit Empörung zur Kenntnis genommen. An einem mehrseitigen Artikel wurde zunächst dem überheblichen Hauptfänger der Beschuldigung ein Kerzenbeilicht nahegelegt; und dann wurde des längeren und breiteren erzählt, daß man in Krakau keine theatrale Aufmachung brauche, sondern das, was der Warschauer dafür gehalten habe, sei historische Tradition, die bei allen Kulturvölkern hoch geachtet werde. Die Krakauer und die Kleinpolen hätten in der langen Geschichte Polens nie nachgelassen, wenn es gegolten habe, Opfer für die Volksgemeinschaft zu bringen; gerade von Krakau aus seien die Schicksalskämpfe Polens zu kämpfen. Auch heute noch wollten die Krakauer gern ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, aber sie könnten nichts dafür, wenn es ihnen schlecht gebe, und wenn man ihnen noch obenrein alle wichtigen Einrichtungen, besonders die loyalen Hilfseinrichtungen, weggenommen und in Warschau zusammengelegt habe. — Den Krakauern wird diese Auftragung nicht fehlen. Das neue Polen macht heute eine ähnliche zersplitternde Entwicklung durch, wie sie sich einmal im wilhelminischen Deutschland abgespielt hat. Warschau ist die Stadt. Alles andere ist „rückständig“. Warschau ist Gegenwart, Krakau Vergangenheit. Warschau versucht, die auseinandertreibenden Kräfte des Staates durch einen trossen Zentralismus zusammenzubalten.

Diese Mitteilungen des polnischen Blattes bestätigen im wesentlichen das, was schon im September, bald nach der Einleitung der Zwangsverwaltung, in einer Eingabe des Prinzen von Pfies an den Völkerrath ausgeführt wurde. Damals war auf den oerigen Erfolg der Pfändungen hingewiesen worden. Bis zum 20. August seien durch Pfändungen und Zwangsveräußerungen nur etwas über 1,7 Millionen Slosy eingezogen worden. Das sei noch nicht hinreichend, um die Zwangsverwaltung in einem von ihr vorgeschlagenen Abzahlungsplan angeboten habe, der bis zu dieser Zeit Zahlungen von insgesamt 1,72 Millionen vorliehe. Durch die weiteren Beschlagnahmen und Pfändungen sei zwar der Pfieser Verwaltung die Verfügung über Guthaben und Forderungen im Betrage von insgesamt 6,8 Mill. Slosy entzogen worden, und sie sei dadurch der Möglichkeit beraubt worden, sich im Kreditwege Gelder gegen ihre noch nicht fälligen Forderungen zu verschaffen; eingestrichen seien aber von den Forderungen zugunsten der Finanzkasse bis zur Einleitung der Zwangsverwaltung nur 2,5 Mill. Slosy. Immerhin ist durch den Gesamtbetrag der gepfändeten Forderungen weitens der größte Teil der Steuerhöhen — wenn man von den Verzugszinsen absehe — gedeckt, so daß für die Einleitung der Zwangsverwaltung durchaus kein zwingender Grund vorliege.

Diese Darlegungen müßten auch auf die Groszynski-Behörden überzogen wirken, wenn es diesen lediglich auf die Bezahlung der wirklich oder angeblich rückständigen Steuern ankomme. Der Zweck, der mit der Zwangsverwaltung verfolgt wird, ist aber ein anderer: die Pfieschen Unternehmen sollen nicht inaktiv und wieder arbeitsfähig gemacht, sondern in polnischen Besitz überführt, von deutschen Angestellten und Arbeitern „aufgebaut“ und von ihnen finanziell in Bindungen nach Deutschland losgelöst werden. Die Zwangsverwaltung ist ein Spiel in der Karte der Maßnahmen, die der gemäßigten Entbaufschöpfung Oberschlesiens dienen. Für finanzielle Verunfallnisse besteht unter diesen Umständen auf polnischer Seite wenig Interesse.

### Deutscher Lehrer nach Ostpolen verlegt.

Der seit vielen Jahren an der deutschen Volksschule in Kirchdorf tätige evangelische deutsche Lehrer Hartwig ist an eine Dorfschule in der Gegend von Sulimien verlegt worden. Die rein deutsche Gemeinde Kirchdorf hat damit ihren deutschen Lehrer verloren. Gründe für diese Maßnahme sind nicht angegeben worden.

### Die Bestimmungen des Kohlenfriedens.

Wie mitgeteilt, wurde kürzlich von den Vertretern der englischen und der polnischen Industrie ein Protokoll unterzeichnet, durch das, vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Industrien, der englisch-polnische Kohlenkrieg beendet wird. Die Bestimmungen des Protokolls sind inzwischen bekannt geworden. Danach hinsichtlich der Abmachungen auf den überseeischen Kohlenexport nach europäischen Ländern. Für diese ist ein festes Verhältnis zwischen den Lieferungen an englischer und polnischer Kohle

folgt werden, das auf Grund der Abfahrzahlen der letzten Jahre errechnet wurde. Nimmt man die englischen Kohlenlieferungen nach diesen Ländern mit 100 an, so haben die polnischen Lieferungen in den Jahren von 1909 bis 1933 in den Grenzen von 13,2 (im Jahre 1909) bis 28,5 (im Jahre 1931) gelegen; sie machten im Jahre 1933 25,9 v. H. der englischen aus. Die polnischen Unterhändler verlangten nun ein Kontingent von 23 v. H., die Engländer wollten nur 18 v. H. zugewinnen. Nach langen Verhandlungen kam die Einigung auf 19,5 v. H. zustande.

Wesentlich ist bei dieser Regelung, daß die Kontingentierung den Absatz polnischer Kohle auf dem Weltmarkt, besonders nach den österreichischen Nachfolgeländern, nicht herabsetzt, der gegenwärtig im Vergleich zu früheren besseren Seiten nicht mehr ist, und sich in Zukunft vielleicht wieder einmal beleben kann, und daß sich die Abnahme der auf äußereuropäische Länder bezieht, wo die polnische Kohle in neuerer Zeit nicht unbetrieblischen Absatz gemessen hat. Nach diesen beiden Richtungen hin ist also die Möglichkeit einer künftigen Absatzsteigerung für Polen unabhängig vom englischen Kohlexport gegeben. Zunächst rechnet man in Polen mit einem Abjahoreisult von rund einer Million Tonnen jährlich, der aber durch die zu erzielenden besseren Preise aufgewogen werden müßte, bei Verbesserung der internationalen Marktlage kann auch wieder mit einer mengenmäßigen Zunahme des Absetzes nach den kontingentierten Märkten gerechnet werden.

Die von der englischen und polnischen Kohlenindustrie in Aussicht genommene Preisveränderung ist noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen, da ein Ausfluß zunächst erst das Material prüfen und Vorstöße machen soll. Schließlich wird man sich aber auch über diesen Punkt verständigen, nachdem die viel schwierigeren Frage der Einigung über die Kontingente gelöst worden ist. In den Verbraucherländern wird verständlicherweise das Kohlenkontingent nicht mit reiner Freude begrüßt, da für sie der ungünstige Zustand „Wenn man sich freisetzt, freut sich der Dritte“ ausfüllt. Die Hauptbedenken; der Ausfuhrkohlenpreise ist ununterbrechbar.

Auf polnischer Seite kommt, wenn man sich stellt, daß die Maximalforderung nicht voll durchgegründet worden ist, doch unerkennbar die Befriedigung über das Erreichte zum Ausdruck. Man hat hier die „Kriegskosten“ auf weit über eine Milliarde Zloty berechnet. Dabei ist es aber gelungen, die Handelsbilanz Polens aktiv zu halten und einen Zusammenbruch der Währung zu verhindern, und als Aktiva sind nebenbei entstanden die Kohlenbahn, der Hafen von Gdingen und die in der Welt berühmte polnische Handelsflotte. Wer die Kriegskosten auf der polnischen Seite in erster Linie zu zahlen gehabt hat, das waren die stoffbesitzenden — vorwiegend die deutschen — Arbeiter und Angestellten, denen die bis zum äußersten durchgeführte Rationalisierung die Löhne und Gehälter kürzte oder gar überhaupt die Arbeitsstätten nahm. Ob sie nun an der erhofften Welterung der Lage der Rohlenindustrie ebenfalls ihren Anteil erhalten werden?

### Polnisch-rumänische Wirtschafts- und Verkehrsabkommen.

Als Ergebnis einer dreitägigen Anwesenheit des rumänischen Handelsministers Manulescu in Warschau wurde am 14. Dezember ein polnisch-rumänisches Abkommen unterzeichnet, durch das die bisherigen Handelsverträge zwischen den beiden Staaten und das System der neuen rumänischen Einfuhrregelung angepaßt werden soll. Die Grundlage des Abkommens stellt die Vereinbarung dar, nach welcher in Zukunft die Werte der polnischen Ausfuhr nach Rumänien und der polnischen Einfuhr aus diesem Lande ausgeglichen werden sollen und Rumänien besondere Anstrengungen machen wird, die in Bukarest eingeforderten polnischen Forderungen in absehbarer Zeit zu begleichen. Weiter ist Manulescu in einer längeren Vorgespräch mit dem polnischen Außenminister Oberst Bek dahin übereingekommen, daß der historischen Verkehrsstraße von der Ostsee zum Schwarzen Meer, die durch Polen und Rumänien führt, ihre alte Bedeutung zurückgegeben werden müsse. Manulescu erklärte, daß zwischen ihm und Bek eine Vereinbarung betätigt worden sei, nach welcher Rumänien nunmehr in Gdingen eine eigene Freihafenzone übernehmen und einrichten werde. Diese Vereinbarung bedeutet einen Schlag gegen Stettin.

### Gdingen gegen Stettin.

Die gegen Stettin gerichtete Tendenz; hat sich neuerdings in der polnischen Schiffsahrtspolitik verortet. Im Laufe dieses Jahres ist bereits durch die Svenska American Line in Stockholm eine Handelsflotte viererzügliche Schiffsdamperflotte (eine Stockholm — Karlskrona — Gdingen eingerechnet) worden. Nunmehr wird auch die polnische Staatsflotten-Gesellschaft „Zegluga Polska“ eine ebenfalls vierzügliche, und zwar im Einvernehmen mit der Svenska American Line darat, daß beide Gesellschaften auf dieser Linie an ihrem beiden Endpunkten jede eine um die andere Woche eine Abfahrt vornehmen. Auf diese Weise soll ein künftiger wöchentliches Gdingen — Stockholm — Dienst erstellt werden. Die „Zegluga Polska“ hat für diesen Dienst augenblicklich keinen eigenen Dampfer verfügbar und denkt erst im Frühjahr 1935 einen ihrer beiden neuen in England im Bau befindlichen kleinen Frachtdampfer in diese Linie einzustellen. Sie hat bis dahin einen schwedischen Dampfer gechartert.

### Ein polnisch-französischer Rundfunkstreitfall.

Am 13. Dezember kam es zu einem polnisch-französischen Streitfall im Rundfunk. Der Warschauer Rundfunkübertragungsabteilung eine Übertragung des Pariser Senders, die für Polen und Spanien bestimmt war. Der Abbruch der Übertragung erfolgte auf Grund zahlreicher telefonischer Proteste der polnischen Hörer, weil der Pariser Anfolger das Programm französisch, englisch, spanisch, aber nicht polnisch ankündigte. Die Namen der polnischen Sender hörte man in deutscher Sprache, also Warschau, Polen usw. Der Pariser Sender soll als Entschuldigendes Unkenntnis der polnischen Sprache angeführt haben. Die halbamtliche „Gazeta Polska“ wagt das Verpöhlen der französischen Rundfunkgesellschaft taktlos und weist darauf hin, daß der deutsche Sender in Frankfurt a. M. eines Abendkonzerte auch in polnischer Sprache ankündigt, obgleich sie nicht besonders für Polen bestimmt seien. Auch andere Blätter des Regierungslagers meldeten den Vorfall mit großer Empörung. Eines der Blätter meinte, wenn es sich bei der Unterbrechung der Sendung polnischerseits auch nicht um eine politische Demonstration gehandelt habe, so würde doch Paris offensichtlich endlich die einfachsten Formen internationaler Höflichkeit lernen angesichts des beleidigten polnischen Nationalgefühls.

### Ein forderbarer Zollinspektor.

In Danzig fand kürzlich ein Prozeß statt, in dem einer der polnischen Zollinspektoren, die in Danzig tätig sind, eine forderbare Rolle spielte. Angeklagt war der polnische Staatsangehörige Francisz Kojak wegen Spionage. Kojak, der schon mit 14 Jahren der polnischen Legion angehörte, später in der „Eisernen Garde“ in der Türkei, dann im türkischen Heer Dienst tat, schließlich in Polen zum Militärdienst eingezogen wurde, und dann in die polnische Handelsmarine eintrat, kam vor etwa einem Jahre nach Danzig. Dort wurde er sich wegen Arbeit an den polnischen Oberzollinspektor Siemowiczowski, der ihm eine Anstellung in der Hafenpolizei in Aussicht stellte, wenn er seine Befähigung hierzu nachweisen könne. Der Befähigungsantrag bestand in Beobachtungsberichten über den Danziger Arbeitsdienst. Kojak schmeint seine Sache gut gemacht zu haben. Jedemfalls war der Oberzollinspektor mit ihm zufrieden. Beobachtungsberichte in Siemowiczowski vor einiger Zeit nach Polen vorkommt worden. Kojak verurteilte sich damit herauszugeben, daß er angab, seine Berichte hätte er aus polnischen Zeitungen entnommen und er selber habe sie an Arbeitslager betreten. Die Untersuchung ergab jedoch etwas anderes. Kojak wurde zu einem Jahr Gefängnis wegen Spionage verurteilt. Die interessanten Geheime in diesem Prozeß ist zweifellos der — abwesende — Oberzollinspektor Siemowiczowski gewesen. Sein Verhältnis zu Kojak wirkt auf die nebenamtliche Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren und auf die Aufgaben, die den polnischen Mitgliebere der Danziger Hafenpolizei zugedacht sind, ein sehr bezeichnendes Licht.

### Das Pommerellische Landestheater.

Als ein wichtiges Zentrum der Pflege der Cheatekultur in Pommerellen bezeichnet die polnische Presse das „Pommerellische Landestheater“. Es wurde auf Veranlassung des Warschauer Kultusministeriums organisiert. Entsprechend seinem Namen will es mit seiner Tätigkeit das ganze Gebiet Pommerellens bis nach Danzig umfassen. Das Schauspieleresemble ist in zwei Gruppen eingeteilt, die über 20 Städte und Städtchen von Thorn bis Gdingen, Strassburg, Kulm, Kartaus, Derent, Pelplin, Stargard, Schwet, Wrielen usw. beipielten.

*Die bringst Trümm  
in dein Land*



*Dirf nim WHW  
Pommes!*



## Die moderne Frauenklinik Deutschlands.

Seit dem letzten Jahre besteht die oberbayerische Frauenklinik Gleiwitz die moderne Frauenklinik Deutschlands. Bis dahin bestand sie als Privatnachsorgeeinrichtung und Frauenklinik in Oppeln, abseits vom großen Industrieregion. Etwa 2000, von weiten Reiseflächen, Blumenarbeiten und anderen gärtnerischen Anlagen umgebene Gebäude mitten im Industriegebiet liegt, ruft es, wenn man es betritt, den Eindruck eines hochbegabten Sanatoriums hervor. Die neuesten Krankenpfleger der Klinik garantieren vollkommen Schalldichte. Breite, hohe Fenster lassen Luft und Sonne ungehindert in die Räume. Nirgends mehr sind die auftretenden Klänge zu hören; sie sind überall durch Kissenlagen ersetzt. Die früher üblichen Mollenfälle sind verschwunden. Die meisten Zimmer sind für fünf Patienten eingerichtet und nur für sechs Frauen bestimmt, die eine normale Kinderklinik zu erwarten haben. Alle Sonderfälle werden in Einzelzimmern oder in doppelbettigen Zimmern untergebracht. An den Krankenzimmern wie in den Aufnahmeständen sind bequeme Stabellens, Glagehöle, verschiedenefarbige Schlafstühle, Rundfunkapparate usw. zu finden. Insgesamt können in der Klinik 250 kranke Frauen und 150 Kinder untergebracht werden. An der Spitze der Anstalt steht einer der bekanntesten Spezialisten für Frauenkrankheiten und Chirurgie, Oberbayerin Dr. Schöffke. Ihm zur Seite stehen ein Spezialist für Strahlenbehandlung und Chirurgie, Oberarzt Dr. Kieslowski, sowie 11 Mütterärzte. Mit der Klinik ist eine Dezentrale für Geburtshilfe und Frauenpflege verbunden. Der Hofstaat für die Helfenden ist mit dem modernen Mitteln der Technik ausgestattet. Die dienstfähig stehenden, allgemein jugendlichen Vorträge, die von der Klinik heranführt werden, sind stets außerordentlich stark belegt. Sehenswert ist die Arztbibliothek für Gynäkologie, die alle einschlägigen Veröffentlichungen von 18. Jahrhundert an bis heute enthält. Hervorragend ist auch die Operationskassette, die modernste und einwandfreieste. Diese ausgestattet sind, versteht sich von selbst; Geköhlern sind für elektrische Lichtführung automatisch auf Referenzapparaten umschaltbar, Wasserdampfheißer, die automatisch auf eine Temperatur von 40 Grad eingestellt sind, Schneideapparate, die mit hochfrequenten Strahlen schneiden, mit besonderer Metallplatte belegte Tische, die keinen Schall geben, usw. Weiter sind Spezialräume für Sonderuntersuchungen da, ein modernes Laboratorium mit den verschiedensten Bakterien- und Viruspräparaten, die mit besonderem Schutz der Kleinsten Frauenklinik gehört ein Zentralgramm Radium.

## Die unentbehrliche Fremdsprache.

Der Rektor der Universität Riga, Prof. Aufkaps, hat sich kürzlich zu der Frage der Zusammenarbeit der baltischen Staaten auf dem Gebiete der Hochschulbildung und der Wissenschaft sich in bemerkenswerter Weise geäußert. Er stellt zunächst fest, daß die bisherige Entwicklungstendenzen der Universitäten und Hochschulen der baltischen Staaten den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Einmal sei eine Überproduktion an akademischer Intelligenz vorhanden, die in den Ländern, in denen die Bildung entsprechende Verwendung finden könnte, und weiter überflüssig die wissenschaftlichen Bildungsapparate der kleinen Staaten aus deren finanzielle Leistungsfähigkeit.

„Wir leben“, führt Prof. Aufkaps u. a. aus, „vor folgender Aufgabe: Mit den geringsten Mitteln die größten Aufgaben zu erfüllen, in unserer wissenschaftlichen Arbeit den maximalen Grad der Zweckmäßigkeit bei der Ausnutzung der Mittel zu erzielen. Zur Lösung dieser Aufgabe liegt es nur einen Weg, die zuerst, auf übereinstimmende, planmäßige Zusammenarbeit der baltischen Hochschulen.“ Prof. Aufkaps hält folgenden Weg für geeignet: Verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und vielleicht auch ganze Fakultäten müßten auf jeder Universität der baltischen Staaten vollkommen entwickelt werden. Das beziehe sich in erster Linie auf die Geschichte des Volkes, die Sprache, Sanktorik und Literatur, die theologischen Disziplinen und verschiedene rechtswissenschaftliche Fächer. Alle anderen Fächerungen seien, was die Hilfsmittel und die Methoden anlangt, unabhängig von nationalen Unterschieden. Die Zusammenarbeit der Wissenschaftler über wertvolle Ergebnisse möglich. Man müsse die Grundvorbereitung in jeder Universität bis zu einer gewissen Stufe entwickeln, doch die weitere Spezialisierung müßte den Staaten aufteilen. Dieser Gedanke wird an einem Beispiel erläutert. „An allen baltischen Staaten beständen Vorleser für Physik. Nehmen wir an, daß einer von ihnen die Optik besonders weit entwickelt hat; dann sollen die beiden anderen nur nicht den Versuch machen, ebenso reich ausgestattet optische Institute zu schaffen, sondern man muß Mütter und Wege finden, um dieses bestentwickelte optische Institut den anderen Universitäten zugänglich zu machen.“

Das ist also der Grundgedanke der Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Hochschulen auf den verschiedenen wissenschaftlichen Spezialgebieten, ein Grundgedanke, der in allen großen Ländern schon lange verankert ist. Auf die kleinen baltischen Staaten angewandt, erhält er aber dadurch eine besondere Note, daß bei Überbeladung eines Studenten nur einer zu einer anderen Hochschule für ihn zugleich sprachliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Diese Schwierigkeiten lassen sich nur dann überwinden, wenn in allen baltischen Hochschulen eine Fremdsprache als gemeinsame Unterrichtssprache für alle diejenigen wissenschaftlichen Disziplinen und Fächer eingerichtet wird, für die die Arbeitsteilung nach dem Vorschlage Aufkaps in Aussicht genommen wird. Die Vorlesungen usw. wären dann also in diesen Fächern dadurch nicht in Vertausch, Entschloß oder Austausch, sondern in der Sprache eines der großen Kulturstaaten zu halten. Prof. Aufkaps hat nicht gelogt, welche Sprache er für diesen Zweck am geeignetsten hält. Da Russisch wohl kaum in Frage käme, wäre Deutsch die gegebene gemeinsame Fremdsprache; denn deutsch sprechen und verstehen alle gebildeten Letten, Esten und auch die meisten gebildeten Litauer. Wenn das Deutsche trotzdem abgelehnt und dem Englischen der Vorrang gegeben würde, so wären hierfür ausschließlich politische, und zwar unvorlesliche politische Gründe maßgebend. Für Deutschland, mit dem von den baltischen Ländern der alte wissenschaftliche Beziehungen bestehen, ist die von Prof. Aufkaps angeregte Frage jedenfalls von großem Interesse.

## Die Zahl der Ärzte in Litauen und ihre Volkszugehörigkeit.

Dem diesjährigen Personalverzeichnis der litauischen medizinischen, tierärztlichen und pharmazeutischen Institute zufolge, gibt es in Litauen 646 Ärzte, und zwar: 321 Litauer, 270 Juden, 15 Polen, 15 Russen, 14 Deutsche, 7 ohne Volkszugehörigkeit, 2 Ukrainer, 1 Weißruss und 1 Grunliner.

## Das Ottmachauer Staubecken im Jahre 1934.

Das Ottmachauer Staubecken ist als erster der großen Wasserpeicher im Gebiet der oberen Oder fertiggestellt worden. Es hat in diesem Jahre zum erstenmal der Oder-Schiffahrt wesentliche Dienste geleistet, obgleich es wegen des Ausbleibens großer Niederschläge nur bis etwa zur Hälfte der Staubecke gefüllt werden konnte. Die Stromverteilung konnte die kleinen, an der Oder-Schiffahrt ziemlich wertvollen natürlichen Wasserkraftwerke zu stellen, die alle Tage bei in diesem besondere, trockenen Frühjahr und Sommer auftraten, durch die Staubecke aus dem Ottmachauer Staubecken zu verstärken, daß sie für die Schiffahrt nutzbar gemacht werden konnten. Nach einer Trockenperiode blieb infolge kurzer, aber heftiger Niederschläge im Oberlauf der Tauchleite der Oder vom 17.-19. März 1934 an, daß durch diese Niederschläge hervorgerufenen, verhältnismäßig kurzen Überwässerung konnte durch einen Zufluß von 18 Mill. Kubikmeter aus Ottmachau eine längere Dauer und größere Höhe gegeben werden, so daß insgesamt 550 Fahrzeuge mit einer Gesamtladung von 1200000 Tonnen von Krasen bis nach Sülzberg (im Ober-Spreen-Kanal) von Berlin abwärts abwärts kommen konnten. Eine zweite Welle Zuflußwasser wurde im Anschluß an die in den Juni im Oberlauf der Staubecke fallenden Niederschläge aus Ottmachau abgelassen. Auf dieser verstärkten Überwässerung konnte diesmal 450 Fahrzeuge mit etwa 900000 Tonnen Ladung nach Sülzberg bekommen. Dasselbe wiederholte sich noch einmal Ende Juni; damals kamen 300 Fahrzeuge mit etwa 750000 Tonnen Ladung auf der durch Ottmachau erhobten Überwässerung im Jahre. Ein viertes Mal trat das Staubecken Mitte Juli in Tätigkeit. Im

August wurde kein Wasserzufluß abgegeben, da er sich bei dem durch abauernde Trockenheit verursachten enormen Wasserstand der Oder für die Schiffahrt nicht gelohnt hätte. Anfang September konnte die Oder durch ausgiebige Niederschläge wieder ihre Vollschiffahrt erreichen. Dieser Anstieg stand auch durch Zufluß aus Ottmachau mit nur ein wenig Gabe verlängert. Am Oktober wurden zwei weitere Überwässerungen durch Abgabe von Zuflußwellen verstärkt und verlängert, so daß zusammen 950 Fahrzeuge mit etwa 3120000 Tonnen Ladung zu Kal fahren konnten. Im Sommer 1934 konnten demnach auch natürliche Überwässerungen durch Zuflußwasser aus Ottmachau verlängert werden, und zwar um 30 Tage. Insgesamt wurden etwa 50 Mill. Kubikmeter Zuflußwasser abgegeben. Durch die Verlängerung der natürlichen durch die künstlichen Wellen aus Ottmachau konnten 3010 Fahrzeuge mit 1887000 Tonnen Gesamtladung zu Kal befördert werden. Diesem Anstieg an Abgaben grüßten schon, um die Bedeutung des Ottmachauer Staubeckens erkennen zu lassen, dabei ist zu bedenken, daß das Becken in diesem Jahre nur bei bestmöglicher Wasserversorgung war. Seine volle Leistungsfähigkeit wird es erst im Herbst 1935 erreichen. Bis dahin wird es bis zur vollen Staubecke gefüllt sein. Schon in diesem Jahre hat sich der Nutzen einer planmäßigen „Beirichtung“ des Oberlaufes erwiesen. Die bisher gemachten Erfahrungen berechtigen durchaus zu der Annahme, daß die Oder zu einer vollständigen Schiffahrtstrasse wird, wenn erst einmal nicht nur Ottmachau voll leistungsfähig, sondern auch die anderen Staubecken im Gebiet der oberen Oder fertiggestellt sein werden.

## Eine schlesische Sekte.

In Pennsylvanien, in der Nähe von Philadelphia, gibt es sechs Orte, von drei mehreren Generationen von einer Gruppe schlesischer Auswanderer gegründet wurden, den Schwenkfeldern, die vor 200 Jahren um ihres Glaubens willen ihre Heimat verlassen. Die Bewohner dieser Orte haben in der fremden Umgebung nicht nur treu an ihrem Glauben festgehalten, sondern auch die Erinnerung an die Heimat ihrer Vorfahren und um Teil die deutsche Sprache bewahrt. Eine größere Gruppe von ihnen bat Mitte d. J. Deutschland und vor allem das schlesische Bergland besucht.

Die Gemeinde von Schwenkfeld geht auf Kaspar von Schwenkfeld, den Sohn des altadelichen Geschlechtes der Offiziere aus dem nieder-schlesischen Kreise Lüben zurück. Schwenkfeld wurde 1489 geboren und trat nach Beendigung seiner Studien in Köln, Frankfurt (Oder) und Erfurt als tüchtlicher Rat in den Dienst Herzog Friedrichs II. von Venedig und Breg. 1517/18 schloß er sich der Reformator an. Doch ging er bald seine eigene Wege, über der Frage des Heilserlöbnisses geriet er mit Martin Luther in Konflikt; er präbige „das innere Wort“. Er gebürte zu dem Kreise der schlesischen „Mystiker, die Gott in ihrem Innern suchten. Ende der Vier Jahre des 16. Jahrhunderts hatten sich in Schlefien bereits besondere Schwenkfelder Gemeinden gebildet, die sich über ganz Schlefien ausbreiteten und durch Schwenkfeld selbst der schlesischen Welt bekannt wurden. Auch in einigen Teilen Süddeutschlands gegründet, vertrieben die Vögnig nach der Ausgansung des neuen Bekenntnisses gewesen. In den Gemeinden herrschte kein Kirchenbesuch. Die religiösen Übungen fanden im Freien oder in den Säulern der „Ältesten“ statt. Die Altarokamente lebten sie ab. Um übrigen waren sie als arbeitsame und demüthig-verblichene Bürger bekannt und gefürcht. Aber ihre religiöse Eigenheit verschaffte ihnen unvorstellbare Feinde.

Der Lehrer Krogersdorf im nieder-schlesischen Goldberg und der Bürgermeister dieser Stadt, George Helmrich, wurden die ersten Vorkämpfer einer gemäßigten Unterdrückung der Schwenkfeldergemeinden. Als die Zahl der Schwenkfelder wuchs, ging man mit Freibeitstößen vor, sparte die Führer in die Keller der Gröbburg und in die Gefängnisse der Städte. Man entzog ihnen einen Teil der Rechte des Bürger- und Bauernrats und suchte sie mit Gewalt in die Kirchen zu bringen. Man soll sie in Jauer, J. B. in den Betten in die Kirchen gefesselt haben, um sie zum Gebrauch der Sakramente zu zwingen. Man zwang die Widerpässigen zum Verkauf ihrer Güter. Man vertrieb sie aus den Städten und Dörfern und unterstützte damit schließlich nur die Ausbreitung der schwenkfeldischen Lehre. Nach dem Ende des 30jährigen Krieges gab es außerhalb Schlefien kaum noch schlesische Schwenkfeldergemeinden. In Schlefien selbst hat es damals noch etwa 1350 Schwenkfelder gegeben, die vorwiegend um Pömmberg und Goldberg ansässig waren. Dort, am Proßthainer Spießberg und am Gröbburg, erlebten die Schwenkfelder unter der katholischen Gegenreformation die schlimmste Zeit ihrer Geschichte.

Von Wien wurden zwei Jesuitenpatres namens Milau und Regent nach Harpersdorf, dem Hauptort der „Kether“, entsandt, um die Bekehrungen durchzuführen. Gleichzeitig wurde den evangelischen „Wortverkündern“, welche sich anwandernd bemüht hatten, die Abgekehrten der lutherischen Kirche zuzuführen, die Fortführung ihrer Bekehrungsversuche untersagt und die Verhinderung kirchlicher Handlungen an den Anhängern bei Strafe verboten. In Harpersdorf amtierte damals der evangelische Pfarrer Johannes Neander, der sich um die Abreise seiner Kirche Stehenden große Mühe gegeben hatte und in seinen Mitteilen nicht immer wohlwollend war. Doch er in Abwesenheit ihres Schwagers, eines Bürenin in Harpersdorf 3 Stunden lang am Dranger im Holsen leben ließ, weil die evangelische Kirche ihres Kindes verweigert hatte, Hilbert Berger Sommer in seinem historisch begründeten Roman „Die Schwenkfelder“ ebenso unfaulisch wie das Einmicken der Jesuiten, welche die ungetauften Kinder der Schwenkfelder aus nicht kirchlich geschlossenen Schwenkfeldern als „Sündenfrucht“ bezeichneten. Zum lud man die Schwenkfelder zu „Bekehrungsversammlungen“ in nicht mehr benutzte katholische Kirchen ein und belegte sie bei Richtertheimen mit im Wiederholungsfälle sehr verschärfenden Strafen. Vergeben gegen die Anordnungen der Jesuitenpatres wurden durch drohentliche Strafen, Haft und Mißhandlungen gehalten. Einzelne Familien wurden von Haus und Hof vertrieben. Die ersten drei Jahre des 17. Jahrhunderts wurden die Gelübden in besonderen Fonds zur Beendigung für „romane Treue“ aufgemammelt. Als die Schwenkfelder trotz aller Leiden teilweise immer noch bei ihrem Glauben blieben, während andere Teile durch den Druck des unmenlichlichen Zwanges zur katholischen Kirche übertraten oder schon 1725 in schlesisches Gebiet flüchteten, erschienen in Harpersdorf vier hiesige schlesische Dragoner, welche die Gewaltakte fortsetzten und so J. B. die neugebornen Kinder der Kirche wider den Willen der Eltern zuführten, um sie „des christlichen Glaubens antelig werden zu lassen“. Den ablebenden Schwenkfeldern wurde das christliche Begräbnis verweigert. Man schleppte sie auf Stöcken oder Karren hinaus auf die Viehtriebe der Dörfer und verbrannte sie dort. Aber nur teilweisen Beseitigung der Anhänger der schwenkfeldischen Lehre kam es nicht.

Mit unerhörter Grausamkeit erlitten sie alle Strafen und Entehrungen, bis sie 1740 von der kaiserlichen Regierung in Wien den Befehl erhielten, entweder sich bis zum Ablauf eines Jahres der katholischen Kirche anzuschließen oder das Land zu verlassen. Es hätte zur völligen Unterwerfung oder Auswanderung der Schwenkfelder führen sollen, wie sie 1713 bereits von einem Teil ihrer Anhänger durch die Überzeugung anderer Länder erkennen wurde, wenn andere Dörfer, wie die im Kreis Friedrichs II. in Schlefien aus der Mitglieder der um Untergang verurteilten Sekte die Glaubensfreiheit und den Verlust der Wiedergutmachung durch Rückertung ihres Grundeigentums oder Resonanzbildung gebräut hätte.

## Deutsche Volkskunst im Grenzland.

Die Reichsgemeinschaft für deutsche Volksforschung und der Reichsverband für deutsche Vorkämpfer des 13. Dezember zu einem in der Universität Halle-Berlin abgehaltenen Vortrag über die deutsche Volkskunst im Kreise Meßerich gehalten. Die Volkskunst, in der das Gebiet dieses Kreises gehört, hat für das Interesse der Stillhaltung der Großstädte überhörenden Zeit des Liberalismus abseits gelegen. Für dieses Gebiet, wo das Denken sich noch am Erdb und Wetter, um Saat und Ernte dreht, fehlt in einer Sprache, die das Reich in „wertvolle“ und „belanglose“ Landschaften einteilt, das Verständnis, das nur eine Zeit aufzubringen vermag, in der ein volkstümliches Denken die Grundlage allen Handens bildet.

Die eigentliche Geschichte des Meßericher Landes begann, als im Jahre 1254, vor genau 700 Jahren, einer der polnischen Grenzherren, Bronislaw, Behniner, Jähresjüngermöhe herbriet und diese Münde ein Kloster erbauten, das den Namen „Paradisus Sanctae Marine Virginis“ erhielt. Das Kloster Paradisus wurde der Ausgangs- und Ausstrahlungspunkt der deutschen Aufbaubarbeit in diesem Lande, das bis dahin nur von einer äußerst geringen Zahl slavischer Menschen besetzt und von weiten, zusammenhängenden Wäldern und Sumpfen erfüllt war. Vom Kloster Paradisus aus hat das Land seine kulturelle Lebensgrundlage erhalten. Es ist trotz seiner langen politischen Zugehörigkeit zum polnischen Staat stets mit dem brandenburgischen Reichthum verbunden, dem seine ersten Aufbauarbeiten entspringen. Damals begann die planmäßige Besiedlung des Landes mit deutschen Bauern, die Lichtung der für die primitive Wirtschaftsart der Slaven bis dahin unbrüchigen Wälder und die Verwendung der unfruchtbaren Sumpfe in ertragreiches Land.

Mit etwa 90 Lichtbildern, die vom Vortragenden in Zusammenarbeit mit Fräulein Helene Müller selbst aufgenommen und hier zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgelegt wurden, unterstützte Dr. Schiele seine weiteren Ausführungen über den bisher kaum erforschten

Reichtum des Meßericher Kreises an altüberlieferter deutscher Volkskultur. Die vom Kloster Paradisus gegründeten Dörfer und die überwiegende Zahl der benachbarten Dörfer des Kreises lassen sich deutlich die angeführten Zusammenhänge zwischen dem Meßericher Gebiet und dem Brandenburger Lande erkennen. Das war, wenn andere Dörfer, wie die vom Jähresjüngerkloster Obra gegründeten, in denen ausschließlich Köhner und Rheinländer angelegt wurden, teilweise die Siedlungs- und Kulturformen anderer deutscher Landschaften erhalten. Um allgemeinen überwiegt jedoch die getadete kirchliche Form des brandenburgischen Angerdorfes, in dem Säule und Hofe in klarer Gliederung um den Anger gruppiert sind, auf dem sich die den sichtbaren Ausdruck der dörflichen Gemeinschaft bildende Kirche erhebt. Neben einigen der ältesten noch erhaltenen Siedlungen und Bauernhöfen sind dieser Dörfer wurden den größten Teil von Holzkirchen im Bilde gezeigt. Diese Holzkirchen, deren älteste, die in Kuchstein, bis ins 15. Jahrhundert zurückreicht, gehören zu den wertvollsten Dokumenten der Vergangenheit des Meßericher Gebietes. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Anlage der älteren Holzkirchen (der quadratische Hauptbau mit anschließendem rechteckigen Chor, die lebendigen Quer- und Seitenrisse, die Eigenart der Dach- und Giebelform, sowie das Vorhandensein überdachter, an den Turm angelegter Rundgänge) Bauelemente erkennen lassen. Die mehr oder als ein besonders charakteristisches Okeanoptas anzupfeifen sind, die durch das Christentum zum Süden her eingeführt worden sind, sondern vielmehr letzte Zeugen des uralten nordischen Baumillens zu sein scheinen, der seinen Ausdruck in germanischen Hallenbau fand.

Interessant ist auch eine Anzahl alter Fachwerkkirchen, die, wie die evangelische Kirche in Oberbörgy oder die kleine Kapelle in Draußenort, ihre äußerlich schmucklose Bauform dem Umfange verdanken, daß es den Protestanten im altpolnischen Reiche von der Zeit

der Segenerneuerung an nicht mehr erlaubt war, ihre Gotteshäuser in Stein zu errichten oder sie mit Säulen zu versehen. Eines der interessantesten Gebäude dieser Art ist das Vorhaus in Schierzig-Hauland, das J. S. nicht als äußerlich erkennbare Kirche, sondern nur als einfaches Bauernhaus errichtet werden durfte. Was die Innenkonstruktion und Ausstattung der Holzkirchen des Meßkircher Kreises anlangt, so verdient besonders Beachtung die evangelische Kirche in Altmühl, deren Dach auf der einen Seite durch ein Baumgrippes auf einer großen Mittelsäule, einer hervorragenden Zimmermannsarbeit des frühen 17. Jahrhunderts, ruht. In einer ganzen Reihe von Kirchbüchern wurden die Schichten, in der Raumteilung klaren und ansprechenden Formen der alten Stein-, Fachwerk- und Holzkirchen gezeigt.

Andere Bilder geben Proben der bodenländigen, hochlebenden Handwerkskunst, die an der inneren Ausstattung der höflichen Gotteshäuser gemerkt hat. Wieder andere Bilder führen auf die Friedhöfe, auf denen sich noch mancher alte, durch Gehalt und Schönheit interessante Grabstein befindet. Berühmt ist vor allem der an Schichten reiche evangelische Friedhof der Stadt Meßkirch selbst. Interessant sind die meist aus dem 18. Jahrhundert stammenden, auf Zinkblech gemalten Erinnerungsbilder an die Verstorbene, die in den Kirchen und in einzelnen Gutshäusern aufgehängt sind. Von den Bildern und Plakaten aus älterer Zeit, die zur Ausschmückung der Kirchen dienten, ist im Meßkircher Kreise nur wenig erhalten. Aus der Barockzeit aber hat sich manches Kunsterbe in unsere Zeit hinübergerettet. Dabei fällt es auf, daß die katholischen Kirchen, die sich im altpfälzischen Reiche frei entfalten und der staatlichen Hilfe erstens kostenlos, im allgemeinen eine reichere Ausstattung aufweisen können, als die damals unter Ausnahmestellung stehenden evangelischen Kirchen. Dafür trägt aber auch vieles, was in den katholischen Kirchen an Kunsterben vorhanden ist, den Charakter des aus der Fremde Eingeführten, während die mit bescheidenen Mitteln hergestellten Werke der evangelischen Kirchen den größeren Reiz des bodenländigen, bäuerlichen Kunstschaffens besitzen. In einer größeren Anzahl von Kirchbüchern wurden Holz- und Steinarbeiten des Meßkircher Pfarrkreises, eine ganze Anzahl hochwertiger Werke, alles Arbeiten, die aus dem Brandenburgerischen oder dem Schleßischen stammen, alle eisenbeschlagene Trüben heimlicher Arbeit, schlechte, formschöne Feuchter aus Holz oder aus Messing und Zinn und anderes mehr. Aus allem ging hervor, daß das, was an heimischen Kunstwerken erhalten ist, aus der Hand evangelischer und d. h. deutscher Handwerker, alles das, was aus der Fremde gekommen ist, aus anderen Teilen Deutschlands stammt, während

das heimische polnische Element als Schöpfer an den vorhandenen Kunstwerken ebenfalls beteiligt ist und das übrige Polen.

Der letzte Teil des Vortrages befaßte sich mit dem Bauernhof und Bauernhaus. Es ist einer der verbreitetsten Jeritme, daß alte Bauernhäuser nur auf bestimmte Bezirke West- und Südwestfalands begrenzt seien, und daß der Osten keine äußeren Merkmale eines bodenländigen Bauertums aufzuweisen habe. Wenn man aber durch die Dörfer und Einzelhöfe j. B. des Meßkircher Kreises geht, wird man sehr bald dieses Bild eines alleinstehenden, kulturtragenden Bauertums, das jetzt, daß sich diese Teile des Reiches nur keinem anderen Gebiete Deutschlands zu verweisen brauchen. Im Schutz uralter Eichen oder breitaustauselnden Linden leben dort die den geräumigen Hof umgebenden Häuser, die schon Generationen überdauert haben. In der Mitte des Hofes ragt der Schenkenbaum des Ziehbrunnens auf, nicht anders als etwa auf den Bauernhöfen Württembergs oder der freistehenden Inseln. Die alten Bauwerke sind entweder Fachwerkhäuser, Ständer- oder oblikenbauten oder die Fachwerkhäuser mit der Blockverbindung, die Stielabgattung und Raumeinteilung, die Dachbedeckung mit Stroh, Schindeln oder Schiffl und einige Beispiele für Cor- und Daubenhäuser, wie sie im Meßkircher Kreise bis und da noch erhalten sind, vorgeht.

Den Abschluß der Bildreihe bildeten Aufnahmen der beachtlichsten Gutshäuser des Kreises, der Schloßer von Hohelnitz und Obergörsch, der einigen, die künstlerischen Wert besitzen, auf die Bauergeschichte des Landes aber ohne Wirkung geblieben sind und an der Tatsache nichts geändert haben, daß die Bauernhäuser der härteste Ausdruck bodenfesten Denkens sind. „Hnen“, so schloß Dr. Schiele, „Ist unsere Liebe und Pflege dienen. Denn das Bauernhaus stand am Anfang unserer Kultur, lange ehe die Dome und Städte des Mittelalters gebaut wurden. Es ist Wertarbeit vom Geist unserer Vorfäter, der Urtaum, von dem alles Leben unseres Volkes ausging, die es einmuelle, in der unsere Zukunft begründet liegt.“

An der anschließenden Aussprache nahmen Universitätsprofessor Dr. Daaue und Prof. Reindart teil.

## Der bayerische Grenzwald.

Unter den vielen deutschen Waldgebieten hat keine Wälder zu finden, die in ihrer Geschlossenheit, Ursprünglichkeit und Wildheit denen des Bayerischen Waldes gleichen, der, geographisch genommen, wiederum ein Teil des mächtigen Böhmerwaldes ist. Hier sind die größten Wälder Europas. Alle zusammen umfassen eine Fläche von 80 000 Quadratkilometer. Achtzigtausend Quadratkilometer Wald!

Vort findet zu noch Wald, so wie ihn unsere germanischen Vorfahren haben, vor dem sie sich in vierer Tümpel heuten und in dessen geheimnisvollem Walten sie ein Abbild überliefert Selbstens spürten. So daß auch hier heute noch als böhmer Wald aus jener Urzeit ein Gefühl seiner Echtheit nur jedem Wald in uns wehen.

Ursprünglich ist der Berg des Bayerischen Waldes. Aus Granit und Gneis besteht das Selogeritz, dessen Fundament in den ersten Eagen eines Weltgeschehens sich bildete. Dem Bayerischen Wald und dem Böhmerwald gebührt der Ruhm, als Urgründe jener selbständig gewesen zu sein, als ihre Tachborn, die Alpen, von unterirdischen Naturgewalten getrieben, nach wie die Wellen des Meeres hin und hergezogen. Im Böhmerwald war die Eroßion schon kräftig tätig, als sich die Felsgruppen der jetzt herübergehenden Tauern bildeten, um das wieder abzuwandern, des Jahrmillionen vorher errichtet hatten. So tritt uns heute der Bayerische Wald als abgetragenem Gebirge entgegen. Seine höchsten Erhebungen sind der noch alpin ammutende Ofner. Der doppeltkuppige Alfer (1457 Meter), der Jagenhafte Rachel und der aus Granit gefasste Felsen.

Aus der vorgeschichtlichen Zeit des Bayerischen Waldes ist soviel wie nichts bekannt. Außerst spärlich sind die Funde aus der Zeit um den Beginn unserer Zeitrechnung. Die von Osten her vordringenden Germanen haben das Gebirge umgangen. Auch die lichteßonen Römer erschauerten vor der undurchdringlichen Wildnis, in welcher Ur, Dür, Wolf und Fuchs hausten. Wenn auch im Bayerischen Wald selbst keine Spur von dem römischen Kriegsvolk zu finden ist, so ist doch weiß, daß es durch die Anlage von Kastellen entlang der Donau den (Sordiodurum) und Passau (Castrum Batava) gelang. Erst zur Zeit der Völkerwanderung drangen unsere Vorfahren, die Bajuwaren, aus dem böhmisches Kessel kommend, in den Nordzug, in die heutige Oberpfalz, vor. Und schon um das siebente Jahrhundert herum erstreckte sich das Land „der Männer aus Baiern“ zwischen Böhmerwald, Brenner und Oberr. In die Tiefe des Bayerischen Waldes gelangte

allerdings erst das Geschlecht des späteren Mittelalters. Vornehmlich waren es die Ritters Waldfalzen, Kriegeraltalt, Metten und Rott am Inn, welche den Wald rodeten und den Boden urbar machten. Aber es ging langsam. Das Gebiet ist zu wenig erschlossen. Die Verkehrsbedingungen, als der Hauptort jeglichen Handels, sind bis auf den heutigen Tag gering.

Da der Feldbau und die Viehzucht lange nicht zur Ernährung der Bewohner ausreichen, so leben sie hauptsächlich von den Erträgen des Waldes und von den Bodenfrüchten. Es ist ein hartes Los, das die Wälder zu tragen haben. Wenn auch die niederbayerischen Wälder richtige Mengen an hochwertigem Holz abzugeben vermögen, so hält es schwer, den gebührenden Marktpreis dafür zu erzielen. Die ständige gegenwärtige Holzindustrie vermag nur einen Bruchteil des Holzes zu verarbeiten. Der Hauptanteil muß den fernest gelegenen Werken zugeführt werden. Aber die Verkehrswege sind unzureichend, und bis in die letzten Jahre waren die Eisenbahntarife für den Bayerischen Wald unerträglich hoch, so daß gar manche schöne Stämme fast unverwertbar waren. Inzwischen kam die Stromtrassenführung für die gewaltigen Holzmassen aus dem Windwurf 1928/29 zu spät. Dabei wurden noch im Jahre 1931 für 200 Mill. RM. Holz aus dem Auslande eingeführt, während unsere Eigenholzherzeugung nur noch 500 Mill. RM. ausreichte.

Oft schon der Erwerb der Wälder kürzlich ist, so leben sie doch in lauberen Holzhäusern, die uns freundlich entgegenlachen. Das typische Wälderhaus steht auf natursteinernen, weißgestrichelten Sockel, dem sich nach oben ein laubengiebiges, gerimmertes Holzdach anschließt, der jenseits wieder mit feingehämmtem Altan umfassen ist. Nichts heimlicheres kann man sich denken als ein Bauernhaus aus Holz im alten Heimatland, das im Kampf liegt gegen unbarmerge Winter und kalte Sommer.

Das Wesende des Wälders ist so ziemlich das gleiche, wie das in den übrigen Stämmenangehörigen, der Altbayern drauf auf dem Wäldchen, in der Castal, Reginal, aber auch in bayerischen Oberrhein. Einerseits ist er befestigt von großer Strömigkeit, andererseits ist er auch wieder überflutet von einem bodenmäßigen Katenbrunn und einer Rauffluft, wie es nur unerbauter Volkskraft hervorbringen vermag. Im Kern aber ist der Wälder gottesfürchtig, wie es schließlich alle Wälder sind, die die Arbeit mit der Scholle verbindet.

Ein besonderes Stück von Waldpoesie hat sich noch in einer Reihe

von meist heidnischen Gebräuchen und Sitten erhalten, wie mir sie kaum wieder in einer anderen Gegend unseres Vaterlandes finden werden. Es ist nun erzieht an die Vorkämpfer, an die Sonnenwendkrieger, an den Wollereger, an den Pfingstritt in Kötzing, an den Drahtschiff in Surh i. W., an das Weihen von Heilsteinflüssen zum Schutze der Felder gegen Unmetze u. a. m. Die meisten dieser Bräute wurden in späteren Zeiten respektvoll vertrieben, so daß das Volk den tieferen Sinn nicht mehr erkannte.

Schon von jeher hat der Bayerische Wald mit seinen Bergen, kaum durchdringlichen Wäldern und Moränen als natürliches Bollwerk gegen die flammenden Nachbarn gegolten. Von Ratur zu weniger geführt ist das Engerland und die Zürcher Senke. Diese Gebiete vor feindlichen Übergriffen zu bewahren, war Aufgabe der Markgrafen aus dem Pfalzgrafentum von Cham und der Grafen von Bogen. So schuf ein aufständischer, stolziger und trotziger Bergbau. Durch Versehen von ungetriebenen Land an mehrfache Männer, die zu Kriegszügen Heeresfolge zu Pferd oder auch zu Fuß zu leisten hatten, befristeten sie die Gegend. Mit besonderen Privilegien waren die kleinsten Freibauern ausgestattet, die in den Ecken vor dem Ostgebirgskloß gegen Oben lebten und dort Zuflucht gegen die Cobden und Slamen hatten. Oft genug war diese Gegend der blutgetränkte Schauplatz heißer Kämpfe, und noch heute tobt hier an der Grenze ein zwar äußerlich nicht sichtbar, aber dafür um so erbitterter Kampf. Dreieinhalb Millionen deutsche Volksgenossen sind geworden, unter der

art- und weisesten Willkürherrschaft der Eichen zu leben. Rund 340 Kilometer ist es, die als Grenze und Kampfgebiet der bayerischen Ostmark gegen die Czecholomaker in Frage kommen. Man muß sich abgeben, in den Menschen dort die hinterwäldlichen Bewohner des Bayerischen und Oberpfälzer Waldes zu leben. Sie sind im Gegenteil auch heute wieder in vorderster Front lebende Kämpfer des Deutschtums. Vorum sollte man, was das deutsche Volk im Hinterland noch Unterliegendes in Wirtschaft und Kultur aufzubringen vermag, in diese Grenzgebiete tragen. Denn die Gefahren, die den wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch der bayerischen Ostgrenzbevölkerung heraufbeschießen, bedrohen nicht nur das Land Bayern, sondern das Deutschtum als Ganzes.

Darum hinein in den „Wald“, der von Natur aus verschwendet mit Schöpfung bedacht ist. Man ge er recht zu mir das bekommen, was er um Schutze der Grenze und um Erhaltung seiner Bewohner notwendig hat. Nur so wird der seit fast 70 Jahren großen Abwanderung wieder Einhalt geboten werden können. Sicherlich wird es in Zukunft so sein, wie General Ritter von Epp beim Antritt seiner Geschäfte als Reichshaltbiller in Bayern sagte: „Immer war es in der Geschichte die Aufgabe des bayerischen Stammes, Mutterland für die Kolonisation nach Osten zu sein, eine bayerische Ostmark zu bilden.“ Bedenkt daher stets, daß der Bayerwald Grenzmaß ist, und das bleiben soll, was er seit Jahrhunderten war: Germanenwald!

FRANZ WEIGER - MÜNCHEN.

## Buchbesprechungen.

**Eiferjacht und Medizin.** Roman von Michal Choromanski. Aus dem Polnischen überfetzt von Heinrich R. o. k. i. W. i. l. l. S. o. t. t. Korn Verlag, Breslau 1934. 356 Seiten. Csm. 5,50 RM., kart. 4,- RM. — Choromanski ist Ukrainer von Geburt, der Gefinnung nach Pole. Ein jahrelanger unfreiwilliger Aufenthalt in Sowjetrußland hat seine Gesundheitszustand jugendlich gerichtet. Seitdem er sich in Polen aufhält, seit 1926, hat er den größten Teil seiner Zeit in Krankenhäusern und Sanatorien zugebracht. Die Atmosphäre, die ihm, dem körperlich Kranken, vertraut geworden ist, reicht auch in die Handlung seines Romans hinein. Der Inhalt des 1933 im großen Maßstab der Polnischen Literaturakademie erhielt und damit als eine typische und Spitzensichtung der zeitgenössischen Literatur Polens gekennzeichnet ist. Das Thema, das dem Roman zugrunde liegt, ist an sich an keine Volks- oder Landesgrenzen gebunden: Ein alternder Chemann, dessen junge Frau und ein Dritter, ein Arzt, sind die handelnden Personen. Aber die Art, in der das Thema behandelt wird, ist dem deutschen Leser eigenartig und fremd. Weniger durch das Milieu der polnischen Kleinstadt, das nur andeutungsweise geschildert wird, als durch eine uns fast krankhaft erscheinende Hartnäckigkeit, mit der sich die Menschen in psychologischen Problemen verhaseln. Da ist der alternde Wdmar, dessen Eiferjacht die Grenze des Pathologischen streift. Da ist Ruth, der Cap der polnischen Frau, von der Choromanski sagt, daß sie den Mann über betrüge als sie von ihm betrogen werde, und deren — fast selbstzerstörerische — Amoralität er als das geschichtliche Ergebnis ihrer sozialen Lebensbedingungen bezeichnet. Da ist der Jude Gold, der dem eiferjachtigen Alten Spitzelbienen leitet und einen unaufrichtigen Zeugniserwerb um sich verbreitet. Und da ist schließlich der Arzt Dr. Lanten, der den Körper seiner Patienten und Fremden mit derselben medizinischen Sachlichkeit untersucht wie ihre Seelen. Choromanski bewegt in der Schilderung dieser Menschen, daß er ein Meister in der Analyse einer komplizierter feinsten Zustände ist. Immerhin wird ein deutlicher Leser tiefgründiger können, warum gerade ein solcher Roman der polnische Literaturpreis zuerkannt worden ist. Wenn man diesen Roman liest, wird man sich der tiefen Klust bewußt, die zwischen deutscher und polnischer Geistesart liegt. Gerade das macht dieses Buch interessant. Dr. R.

**Die litauische Willkürherrschaft im Memelgebiet.** Von Reinhold Pregel. Verlag Grenze und Ausland Berlin. Broch. 0,30 RM. — Zur rechten Zeit ist diese Schrift erschienen, die eine vernichtende Anklage gegen die allem Willkürrecht hohnsprechenden Maßnahmen der litauischen Gewalttäter im Memelland darstellt. Ausgehend von einer geschichtlichen Betrachtung kommt der Verfasser über die Brandmarkung der krankhaften litauischen Großmannschaft zu einer eingehenden Behandlung der litauischen Verhältnisse im Memelgebiet. Die lächerlichen Machtmisbrüche der Litauer auf das urdeutsche Ostpreußen werden von Pregel genau so scharf und bemerkenswert parodisch gemieden, wie alle Terrorakte gegen die deutschen Direktoren, gegen die deutsche Sprache und die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Autonomie in Schule, Kirche und Justiz. Der Verfasser schließt seine Schrift mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Memelländer. „Nur auf diesem Wege würde das an der Bevölkerung des Memelgebietes begangene Unrecht wieder gutgemacht sein!“

**Kat gegen Ciste.** Hüller in der Karikatur der Welt. Neue Folge. Ein Bildsammlerwerk von Ernst Fausthaagen. Verlag Braune Bücher, Berlin, Carl Zeidler, 176 Seiten. — 125 Karikaturen des Cistens aus allen möglichen Blättern sind hier von dem Auslandspropagandabüro der NSDAP. zusammengestellt worden. In einer ganzen Sammlung von Gesand- und Witzigkeiten, von Gemeinheiten und Gefährlichkeiten offenbart sich in dem Buch der Geist

der Propaganda, die die — meist jüdische — Journale des Auslands gegen das neue Deutschland und seinen Führer treibt. Es ist ein Beweis dafür, wie überlegen Adolf Hitler den Eintenkeln der Hebräer alle Vönder gegenübersteht, daß er die Herausgabe dieses Buches voller Karikaturen, die ihn verspotten und mit Schmutz bewerfen sollen, ausdrücklich gebilligt hat. Nicht Hitler kann durch solche „Kunst- und Geistesprodukte“ herabgesetzt werden, sondern die solche Zeichnungen verbreiten können, haben sich selbst ein moralisches und politisches Armutsgewiss ausgefällt. Mitteln könnte man mit diesen Feinden haben, die mit Ciste die Kat auslöschen möchte. Dr. R.

**Die deutsche Wende in Europa.** Einbandert Jahre deutscher Geschichte umreißt in diesem Buch Max C. l. a. u. b. die Zeit von Maternich über Bismarck bis Hitler (München, Georg D. W. Callwey). Der Verfasser gibt große geschichtliche Überblicks- und Zusammenhänge; niemals verliert er sich in Einzelheiten. Zur einsinnigen ist ein Herausstellen der schicksalhaften Bedeutung des deutschen Offens in diesem Jahrhundert. Es berührt den offenkundigen Historiker eigenartig, daß die gewöhnlichen Probleme, um die es im Offen ging und geht, viel zu wenig erkannt wurden und werden. Im übrigen darf ich das notwendige, was als ein wertvolles Bereicherung unseres literarisch-politischen Schrifttums bezeichnet werden kann.

**Deutschland — Scholle und Schicksal.** Lieder, Balladen und Zeitgedichte von Dr. Franz Vidtke. Verlag von Julius Welt, Cangenfels 1934. 128 Seiten. Broch. 0,54 RM., geb. 0,90 RM., Gebdenkausgabe 2,50 RM. — Scholle und Schicksal des Offens sprechen aus dem Buche Franz Vidtkes. Das Erleben der Ostmark und der Weiser Heimat vor allem hat seine Verse geformt. Seine früheren Gedichtbände sind förmlich vergriffen. Das Beste ist hier aus ihnen entnommen und viel neues Wertvolles hinzugefügt worden. In manchen Strichen zeichnet er das Bild seiner Heimat: „Schmale Hügelketten / Talten herb deiner Heimat Gesicht; / Tiefe Seen betten / Heimliche Schönheit aus Sicht. . .“ Meer, Moor und Heiland, Städte, Dörfer und Kirchen, das sind die Themen, die Menschen und Gott leben in seinen Gedichten und Liedern. Im „Jahrtaufensbild“, in den Balladen vom „Markgrafen Gero“, vom „Kob von Cannenberg“, vom „Chorner Frieden“, vom „Kronprinz Friedrich in Kültirn“ wird die Geschichte des Offens lebendig. Im Lied von der „Kokarde“, das damals durch ganz Deutschland ging, im „Rettenslied“, im Lied an „Unsere Töchter“ spricht der um sein Volk kämpfende Dichter: „Sie sind nicht tot. Sie starben nicht. / Sie stehen um uns in jeder Stund“ / Sie halten über uns Gericht. / Einft fällt den Spruch ihr bloßer Mund. . .“ Dem „Grenzlandbook“, dem „Offen in Rot“, der „Verlorenen Heimat“ haben in der Zeit des fast hoffnungslosen Kampfes seine Verse geformt. Mit diesem Vortrage war er das erste in diesen wachsenden Kreis der Ergründung nahm und als einer, der mitgalt und mitgemacht hat, begrüßt er Führer, Sonne und Sieg: „Wir erzhämmern den Tag, wir verzhämmern die Nacht, / Wir sind Hammer aus Edelstahl. / Wir sind, wenn das heilige Deutschland erwacht: / Johne, Sanfane, Janall!“

**Die sozialistische Anseife.** Zu den mit schärfster Klarheit kämpfenden Vertretern eines deutschen Sozialistischen Lebensfalls gehört der früher in Pommern wirkende, jetzt als Hauptfunktionsleiter des „Angriff“ in Berlin tätige Pg. S. h. o. r. v. o. n. B. e. r. k. der bei G. Korn, Breslau, diese prächtvolle Schrift herausgab. „Unter nordischem Himmel gibt es keinen politischen Korrosion, hier gibt es Verantwortung, Opfer, Pflicht und Ehrentitel. Er wirkt innen- und außenpolitisch. Wege und nicht die Straßenschilder der Kampfhaft diesseits wie jenseits der Grenzen. Man lese den Aufsatz, der dem Buch den Namen gab, und man wird wissen, daß Hillers Sozialismus eine sittliche Förderung und der Sinn der deutschen Wiedergeburt ist.“ Dr. C.